Bayerischer Landkreistag

Landkreistag kompakt

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 1/2017

Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags hat Ende 2016 in der Bayerischen Landesbank (BayernLB) getagt. Hier von links nach rechts zu sehen sind: Roland Schmautz, Vizepräsident Sparkassenverband Bayern, Landrat Christian Berneiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrätin Tamara Bischof, Dritte Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Dr. Edgar Zoller, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender BayernLB, Helmut Straubinger, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender Bayerische Landesbausparkasse, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag.

Steuern, aber auch Sozialausgaben steigen ungebremst. . . . . S. 5

Die richtigen Weichen für die Wirtschaft. . . . . S. 10

Bedeutung von kommunalen Seniorenvertretungen in Bayern. . . . . S. 27

Editorial 4

Aktuell

Steuern, aber auch Sozialabgaben steigen ungebremst 5

Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs): aktuelle Entwicklungen . . . 6

Verpackungsgesetz muss weiter verbessert werden 7

Auf geht's im Jubiläumsjahr 2018: Wir feiern Bayern! 9

Wirtschaft

Die richtigen Weichen für die Wirtschaft 10

Herausforderungen für Familienunternehmen – Interview mit Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Brun-Hagen Hennerkes – Vorstand Stiftung Familienunternehmen. 11

BERUFERADAR Niederbayern steigert Attraktivität der Dualen Ausbildung – Erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt von vier niederbayerischen Regionen. 13

IT

Neuer Leitfaden des Bayerischen Innovationsrings zur zielorientierten Steuerung und zum strategischen Management 15

Gesundheit

Krankenkassen, Bund, Land und Kassenärztliche Vereinigung bei Ärztemangel auf dem Land gefordert 18

Bayerischer Landkreistag jetzt Mitglied im Bündnis für Prävention 20

Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung im Landkreis Hof 21

Innovative Gesundheitsversorgung im Landkreis Erding 23

Bayernweites Pilotprojekt in der Neurologie in Neumarkt i.d.OPf. abgeschlossen 25

Soziales

Bedeutung von kommunalen Seniorenvertretungen in Bayern 27

Integration gelingt vor Ort 28

Haus der bayerischen Landkreise

Lange Nacht der Architektur lockt auch Politikinteressierte in das Haus der bayerischen Landkreise 30

Deutsch-Dänische Vernetzung im Haus der bayerischen Landkreise 31

Europabüro der bayerischen Kommunen

Wechsel an der Spitze des Europabüros der bayerischen Kommunen 32

Aus den Landkreisen

Landkreis Ebersberg gewinnt beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“ 33

Umweltfreundlich, sauber, spritzig – Landratsamt Mühldorf setzt auf Elektrofahrzeuge 34

Mehr Frauen in die Parlamente – Auftakt im Landratsamt Schweinfurt . . . 36

Verleihung des ersten Integrationspreises des Landkreises Günzburg 38

Regionalmanagement im Landkreis Donau-Ries legt Willkommenspaket für Neubürger auf 41

Neue Jugendschutzbroschüre im Landkreis Regensburg 42

Kommunen werden bei Ausbau des Radverkehrs von Innenminister unterstützt 43

Personalien **44**

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

seit wenigen Wochen haben wir einen neuen Bundespräsidenten, das Saarland hat bereits gewählt, Wahlen im Bund, Wahlen in Schleswig-Holstein und Wahlen in Nordrhein-Westfalen folgen noch. 2017 ist ohne Zweifel ein Superwahljahr.

Nicht nur in unserem unmittelbaren Umfeld, sondern auch in unserem mittelbaren, bei unseren Nachbarn. Die Parlamentswahlen in den Niederlanden und die Präsidentschaftswahl in Frankreich gehen uns als Europäer, die wir neben Bayern und Deutsche auch sind, etwas an. Bedingt durch verschiedene – auch außereuropäische – Entwicklungen bläst unseren europäischen Institutionen zwar gegenwärtig wieder einmal ein starker Wind entgegen, ohne sie geht – wirtschaftlich wie politisch – heute aber nichts mehr. 60 Jahre sind es in diesem Jahr schon her, als wir gemeinsam mit Frankreich, den Niederlanden, Italien, Luxemburg und Belgien mit den Römischen Verträgen den Grundstein für unsere heutige Europäische Union gelegt haben.

Dies ist aber nicht der einzige Grund zu feiern. Auch unser Europabüro in Brüssel begeht in diesem Jahr sein 25-jähriges Jubiläum. Ein Grund für die kommunale Familie im Herbst in Brüssel mit einer Reihe europäischer Größen die Chancen Europas gemeinsam hochzuhalten.

Europa ist gut für unsere Unternehmer. Die Verfassung unserer bayerischen Wirtschaft ist exzellent, das Bruttoinlandsprodukt wächst, die Beschäftigungschancen sind bestens und die Arbeitslosigkeit niedrig. Der beständige Anstieg unserer kommunalen Steuereinnahmen ist schon fast eine Selbstverständlichkeit geworden. Von 2006 bis 2016 sind sie um 6,6 Mrd. € auf 17,8 Mrd. € gewachsen. Und doch hat der Straußsche Ausspruch Bestand: „Der Reichtum kommt nicht vor der Umverteilung, der Reichtum kommt von Fleiß und Leistung." Für diese Leistung müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Alle Zahnräder müssen reibungslos ineinander greifen, damit das Gesamte funktioniert.

Bei allem wirtschaftlichen Erfolg dürfen wir die steigenden Ausgaben in der Sozialhilfe und der Jugendhilfe, den Erhalt unserer Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen, das Bewahren von Bildungseinrichtungen in allen Landesteilen, die finanzielle gesellschaftliche und europäische Bewältigung der Flüchtlingskrise und den Erhalt einer flächendeckenden Infrastruktur nicht aus den Augen verlieren.

Wir alle gemeinsam haben viel erreicht. Das gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Dr. Johann Keller

Steuern, aber auch Sozialausgaben steigen ungebremst

Von Emil Schneider, Referent für Finanzen und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2016 um 994 Mio. € auf 17.812 Mio. € und lagen damit um 5,9 % über dem Ergebnis des Jahres 2015. Maßgeblich für das Ergebnis war die Zunahme bei der Gewerbesteuer (netto) um 710 Mio. € (+ 9,8 % auf 7.949,8 Mio. €). Der Zuwachs bei den kreisfreien Städten betrug 2016 6,2 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden 5,7 %. Auf die nachfolgend abgedruckte Übersicht des Bayerischen Landesamtes für Statistik wird Bezug genommen.

Auslöser für diese positive Entwicklung ist die sehr gute Verfassung der bayerischen Wirtschaft. Durch den stetigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bestehen beste Beschäftigungschancen und eine niedrige Arbeitslosigkeit, die zu einem stetigen Anstieg der Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen führten. Der Blick zurück zeigt, dass die Steuereinnahmen von 2006 mit 11,2 Mrd. € nunmehr auf 17,8 Mrd. € in 2016 angestiegen sind. Der Zuwachs von 6,6 Mrd. € bzw. 59 % hat zu der in den letzten Jahren zu beobachteten Stärkung der Steuer- und Umlagekraft geführt.

Dem Anstieg der Steuereinnahmen stehen die hohen Bruttoausgaben für Sozialhilfe, Grundsicherung für Erwerbsfähige und Jugendhilfe gegenüber. Diese sind von 4.675,9 Mio. € in 2006 auf 7.058,7 Mio. € in 2015 gestiegen. Der Zuwachs von 2.382,8 Mio. € oder 51 % belastet die Kommunen sehr. Hinzu kommen die finanziellen Belastungen der bayerischen Kommunen im Zusammenhang mit Investitionen im Bereich der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie mit der Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Diese Entwicklung spiegelt sich im Umlagebedarf der bayerischen Landkreise wider, der von 2.666,2 Mio. € in 2005 auf 4.499,2 Mio. € in 2016 zugenommen hat. Der Anstieg um 1.833 Mio. € oder 69 % ist die Ursache dafür, dass die höheren Steuereinnahmen nicht zu einer entsprechenden Senkung der Kreisumlagesätze führen. Die Umlagekraft ist im gleichen Zeitraum von 5.436,8 Mio. € auf 9.565,1 Mio. € angestiegen (+ 4.128,3 Mio. € = + 76 %). Der Durchschnittshebesatz bei der Kreisumlage konnte daher lediglich von 49,0 % in 2005 auf 47,0 % in 2016 (- 2,0 Prozentpunkte = - 4,08 %) gesenkt werden.

Steuereinnahmen 2015 / 2016 im 1.-4. Vierteljahr

Steuerarten	Gemeinden / Gv. zusammen			darunter					
				Kreisfreie Städte			Ka. Gemeinden		
	1.-4. Vierteljahr		Veränderung 2016 gegenüber 2015	1.-4. Vierteljahr		Veränderung 2016 gegenüber 2015	1.-4. Vierteljahr		Veränderung 2016 gegenüber 2015
	2015	2016		2015	2016		2015	2016	
	1 000 EUR		%	1 000 EUR		%	1 000 EUR		%
Grundsteuer A	84.731	84.462	-0,3	2.285	2.283	-0,1	81.470	82.179	0,9
Grundsteuer B	1.675.190	1.718.376	2,6	737.130	749.166	1,6	938.027	969.210	3,3
Gewerbesteuer (netto)	7.239.789	7.949.819	9,8	3.542.219	3.878.566	9,5	3.697.463	4.071.253	10,1
Gem.-Ant. a.d. Eink. - Steuer	7.002.860	7.225.582	3,2	2.246.769	2.318.185	3,2	4.756.090	4.907.397	3,2
Gem.-Ant. a.d. Umsatz Steuer	762.330	777.382	2,0	381.983	389.482	2,0	380.347	387.900	2,0
Hundesteuer	27.232	28.460	4,5	8.713	8.964	2,9	18.518	19.497	5,3
Zuschl. z. Grunderwerbst.	-	-	X	-	-	X	-	-	X
Zweitwohnungsteuer	24.691	27.622	11,9	5.788	7.828	35,3	18.903	19.794	4,7
Sonstige Steuern	1.196	661	-44,8	-	-	X	1.196	661	-44,8
Kommunale Steuern insg.	**16.818.019**	**17.812.364**	**5,9**	**6.924.888**	**7.354.474**	**6,2**	**9.892.016**	**10.457.890**	**5,7**
Gewerbesteuer (brutto)	8.842.402	9.636.793	9,0	4.162.840	4.499.706	8,1	4.679.456	5.137.086	9,8
Gewerbesteuerumlage	1.602.613	1.686.974	5,3	620.621	621.141	0,1	981.993	1.065.833	8,5

Die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrechts nehmen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der zur Ausführung verpflichteten Kommunen zu wenig Rücksicht. Die aktuellen Umlagesätze zur Finanzierung der Sozialausgaben führen bei den Gemeinden, kreisfreien Städten, Landkreisen und Bezirken dazu, dass notwendige Investitionen nicht zeitgerecht in Angriff genommen werden können. Die Folgen davon sind an den Unterhaltungsrückständen bei Schulen, Einrichtungen und Straßen sowie an nicht realisierten Infrastrukturmaßnahmen abzulesen.

Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs): aktuelle Entwicklungen

Von Astrid Müller-Ettrich, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe, Bauen und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag

In der Hochphase der Asyl- und Flüchtlingskrise haben täglich tausende Menschen die bayerischen Grenzen überquert. Unter ihnen auch viele unbegleitete minderjährige Ausländer. Insbesondere die Jugendämter entlang der bayerisch-österreichischen Grenze sahen sich mit der Mammutaufgabe der Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen konfrontiert. Eine erste dringend benötigte Erleichterung stellte die zum 1. November 2015 eingeführte Möglichkeit der bundesweiten Verteilung dar. So konnten seitdem alle eingereisten UMAs anhand des Königsteiner Schlüssels vom Bundesverwaltungsamt auf Jugendämter innerhalb des ganzen Bundesgebiets verteilt werden. Voraussetzung hierfür war, dass kein Verteilhindernis vorlag. Ein solches wäre beispielsweise die Möglichkeit der Zusammenführung mit Verwandten oder ein Gesundheitszustand, der eine Weiterverteilung nicht zulässt.

Auch wenn aktuell deutlich weniger Asylsuchende und Flüchtlinge nach Deutschland einreisen, bleiben viele Herausforderungen bestehen.

Wie viele UMAs aktuell in Bayern betreut werden

Zum Stichtag 31. Januar 2017 wurden im Bundesgebiet insgesamt 62.186 UMAs betreut – 9.740 davon durch die bayerischen Jugendämter. Damit war die Quote Bayerns nach dem Königsteiner Schlüssel nur noch um 80 Zuständigkeiten überschritten. In nächster Zeit ist daher wieder mit Zuteilungen von unbegleiteten Minderjährigen nach Bayern zu rechnen.

Wie die Kostenerstattung funktioniert

Mit der Einführung der bundesweiten Verteilung ist das bisherige bundesweite Kostenerstattungsverfahren entfallen. Lediglich Jugendhilfekosten für UMAs, die bis einschließlich 31. Oktober 2015 entstanden sind, waren noch in diesem „Altverfahren“ abzurechnen.

Die Kostenerstattung ist seither also Ländersache. Der Freistaat Bayern erstattet Jugendhilfekosten, die bayerischen Jugendämtern für UMAs ab dem 1. November 2015 entstanden sind, bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und unabhängig vom Stand eines etwaigen Asylverfahrens. Die Kostenerstattung erfolgt über die Bezirke, die wiederum die Kosten vom Freistaat Bayern ersetzt bekommen. Eine entsprechende Klarstellung durch Gesetz ist aktuell vom zuständigen Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) angestoßen worden.

Auch bei den Kosten für die über 18-jährigen ehemaligen UMAs konnten die Kommunalen Spitzenverbände eine Beteiligung des Freistaats Bayern erreichen. Konkret will sich der Freistaat bei allen UMAs, die am 1. Juli 2016 volljährig waren bzw. seit 1. Juli 2016 volljährig geworden sind oder noch werden, mit pauschal 40 Euro pro Tag an den Jugendhilfekosten beteiligen, begrenzt auf maximal 12 Monate je UMA. Vom 1. Januar 2018 bis zum 31.12.2018 reduziert sich dieser Betrag auf 30 Euro je Tag pro betroffenem UMA. Ins-

gesamt ist eine Begrenzung der staatlichen Leistungen für diesen Zweck auf 112 Mio. Euro vorgesehen. Im Laufe des Jahres 2017 soll eine Evaluation dieser Kostenbeteiligung erfolgen.

Der entsprechende politische Konsens bedarf indessen noch der konkreten Umsetzung, die im Detail noch Tücken aufweist. Sie sollten schnellstmöglich ausgeräumt werden, damit die Mittel dann auch tatsächlich ausbezahlt werden können.

In Bezug auf die Verwaltungs- und Personalkosten schließlich hat der Freistaat Bayern den Jugendämtern im Jahr 2016 insgesamt 10 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn der Betrag bei Weitem noch nicht auskömmlich ist.

Was bei der Unterbringung und Versorgung von UMAs wichtig ist

Im Rahmen des For.UM, einem Gremium, dem die Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, die zuständigen Ressorts der Bayerischen Staatsregierung, die Kommunalen Spitzenverbände, die Heimaufsichten der Regierungen sowie Vertreter der Wirtschaft angehören, wurden grundsätzliche Handlungsempfehlungen und konzeptionelle Orientierungshilfen erarbeitet. Diese betreffen vor allem die Ausgestaltung der Unterbringung der UMAs sowie das Übergangsmanagement für eine gelingende berufliche Integration. Die ausgearbeiteten Empfehlungen sind im Internet unter http://www.stmas.bayern.de/jugend/uma/ abrufbar.

Zentrales Anliegen aller Beteiligten muss es sein, die UMAs an eine Sicherung des Lebensunterhalts über eine eigene Berufstätigkeit heranzuführen. Dabei ist die Kinder- und Jugendhilfe nur einer von mehreren Partnern, auch Schule, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung sind hier in der Verantwortung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine rechtskreisübergreifende Vernetzung, die die Angebote aus allen vorgenannten Bereichen passgenau zusammenführt. Dies könnte beispielsweise im Rahmen einer Jugendberufsagentur erfolgen.

Verpackungsgesetz muss weiter verbessert werden

Von Astrid Müller-Ettrich, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe, Bauen und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag

Der Bayerische Landkreistag sieht den verabschiedeten Entwurf der Bundesregierung zum neuen Verpackungsgesetz weiterhin kritisch. „Gesetzesänderungen sollten Dinge vereinfachen und unsere Bürger entlasten. Die durch das neue Verpackungsgesetz eintretenden Einnahmeverluste auf Seiten der öffentlich-rechtlichen Entsorger zugunsten der privaten Systembetreiber belasten am Ende das Portemonnaie unserer Bürger“, so Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag.

Schon der erste durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vorgelegte Gesetzentwurf – anfänglich noch unter dem Namen Wertstoffgesetz – sorgte in den Reihen der Kommunen für beträchtlichen Widerstand. „Ab in die Tonne!“ – so lautete die drastische Einschätzung des Bayerischen Landkreistags.

Hauptkritikpunkte waren vor allem:

- Die Überführung weiterer Wertstoffe (stoffgleiche Nichtverpackungen einschließlich Metalle bis 5 kg) in das Regime der dualen Systeme
- Die Vorgaben durch öffentlich-rechtliche Entsorger bei der Abstimmung mit privaten Systembetreibern müssen für diese wirtschaftlich zumutbar sein.
- Die Mitbenutzungsentgelte sollen künftig nur auf den Masseanteil bezogen werden, insbesondere auch bei der PPK-Sammlung (Papier, Pappe, Karton).

Die Folge dieser geplanten Änderungen wären deutliche Einnahmeverluste auf Seiten der öffentlich-rechtlichen Entsorger zugunsten der privaten Systembetreiber gewesen. Für die Bürgerinnen und Bürger hätte dies als Konsequenz massive Gebührensteigerungen (geschätzt bis zu 30 %) bedeutet.

Auch aufgrund des vehementen Einsatzes der Kommunalen Spitzenverbände konnte eine Überarbeitung des Arbeitsentwurfes erreicht werden. Im August 2016 hat das BMUB den Entwurf eines Verpackungsgesetzes übermittelt, das die geltende VerpackV ersetzen soll. Positiv zu bewerten ist, dass dieser auf eine Einbeziehung der stoffgleichen Nichtverpackungen in das Regime der dualen Systeme verzichtet. Damit wurde einem der wesentlichen Kritikpunkte an dem ehemaligen Arbeitsentwurf eines Wertstoffgesetzes (siehe oben) Rechnung getragen.

Im Rahmen der Ressortabstimmung hat der Verpackungsgesetzentwurf noch einige Änderungen erfahren und schließlich hat sich das Bundeskabinett im Dezember 2016 auf einen gemeinsamen Entwurf eines möglichen Verpackungsgesetzes geeinigt. In diesem wurde den kommunalen Forderungen teilweise Rechnung getragen. So ist es danach möglich, die Mitbenutzungsentgelte auf den Masse- oder Volumenanteil zu beziehen. Darüber hinaus müssen die Vorgaben durch die öffentlich-rechtlichen Entsorger bei der Abstimmung mit den privaten Systembetreibern diesen nicht mehr wirtschaftlich zumutbar sein.

Ein Hauptkritikpunkt an diesem Kabinettsentwurf bleibt aber der nach wie vor nicht auskömmliche Wertersatzanspruch der öffentlich-rechtlichen Entsorger, falls die Systeme ihren Herausgabeanspruch an PPK geltend machen. Hintergrund: Im Verpackungsgesetz ist vorgesehen, dass sich die Systeme an der PPK-Sammlung der öffentlich-rechtlichen Entsorger beteiligen können. Falls keine gemeinsame Verwertung vereinbart wird, haben die Systeme gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Entsorger einen Herausgabeanspruch an dem gesammelten PPK-Gemisch. Dieser entspricht gewichtsmäßig demjenigen Anteil, den die Verpackungen an dem insgesamt eingesammelten PPK-Gemisch haben. Die Systeme werden dadurch wirtschaftlich bessergestellt, da das Gemisch an PPK aufgrund seiner Zusammensetzung – es sind auch höherwertige Fotopapiere enthalten – einen höheren Marktwert hat als die reinen Verpackungen, da diese meist aus Pappe bestehen. Das hat der Gesetzgeber erkannt und genau für den herauszugebenden Masseanteil einen entsprechenden Wertersatz für die öffentlich-rechtlichen Entsorger vorgesehen. Nicht ersetzt wird dadurch den öffentlich-rechtlichen Entsorgern der Wertverlust, der ihnen bei dem ihnen verbleibenden Teil am PPK-Gemisch durch die „Verunreinigung“ mit minderwertigen Verpackungen entsteht. Hierdurch werden die Systeme ungerechtfertigter Weise wirtschaftlich bevorzugt und es muss an dieser Stelle nachgebessert werden.

Auf geht's im Jubiläumsjahr 2018: Wir feiern Bayern!

Von Staatsminister Dr. Marcel Huber, MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

Jubiläen sind – das kennen wir alle von runden Geburtstagen – wunderbare Anlässe zusammenzukommen und zu feiern. Wir treffen uns mit Familie und Freunden. Wir ziehen Bilanz: Wir blicken zurück auf die eigene Entwicklung und wir schauen nach vorn, darauf, was die Zukunft bringen wird.

Im Jahr 2018 stehen zwei große bayerische Jubiläen an: Am 26. Mai 2018 ist es genau 200 Jahre her, dass der Wittelsbacher Max I. Joseph seinem Königreich eine Verfassung gab, sich selbst dieser Ordnung unterstellte und damit einen entscheidenden Schritt zum Rechtsstaat vollzog. Den Menschen in Bayern garantierte die neue Verfassung wichtige Grundrechte. Auch durften einige Bürger erstmals Vertreter in eine Ständeversammlung wählen, die Keimzelle unseres heutigen Landtags.

Am 8. November 2018 feiert der Freistaat Bayern 100. Geburtstag. Mit der Ausrufung der neuen Staatsform durch Kurt Eisner in den letzten Tagen des Ersten Weltkriegs endete die Monarchie. Der König dankte ab. Nach turbulenten Monaten und leider auch extremistischer Gewalt von rechts wie links wurde Bayern zur parlamentarischen Demokratie. „Freistaat" – neben dem Übergang vom Königreich zur Volksherrschaft markierte dieser Begriff von Anfang an auch das Beharren auf bayerischer Eigenständigkeit, auf der besonderen bayerischen Identität in Deutschland und Europa.

Ein Rechtsstaat mit klar definierten Bürgerrechten und Bürgerpflichten. Gelebte und wehrhafte Demokratie. Zusammenhalt durch gemeinsame Werte, Überzeugungen und Bräuche. In einer sich rasch wandelnden Welt wissen wir in Bayern auf besondere Weise darum, was unsere Heimat und auch unsere Demokratie ausmacht. Das ist das bayerische Erbe von 1818 und 1918 – und heute wichtiger denn je. Ministerpräsident Seehofer hat es in seiner Regierungserklärung vom 28. September 2016 so formuliert: „Nutzen wir diese Jubiläen zur Selbstvergewisserung. Zeigen wir, was uns wichtig ist für unser Zusammenleben und unsere Demokratie."

Die Menschen in Bayern fühlen sich auf vielfältige Weise mit ihrer Heimat verbunden, mit der Natur, den Menschen im Verein, ihrer Arbeit, dem Charakter ihres Heimatortes und vielem mehr. Welche Chancen sehen wir und welche Aufgaben wollen wir für eine gute Zukunft in Bayern angehen? Unser Ministerpräsident betont immer wieder die Bedeutung der bayerischen „Koalition mit den Bürgern". Bayerns Stärke sind seine Menschen, ihre Lebensleistung, ihr Einsatz Tag für Tag und ihre Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, in Ausstellungen, Veranstaltungen und Wettbewerben aktiv am Jubiläumsjahr teilzunehmen und sich am Bürgergutachten „2030. Bayern, Deine Zukunft!" zu beteiligen. Wir freuen uns, sie beim Bürgerfest in Regensburg am 26. und 27. Mai 2018 zu begrüßen. Auf der Webseite www.wir-feiern.bayern bieten wir ab Herbst 2017 eine Info-Plattform rund um das Jubiläumsjahr.

Im Geist der bayerischen Mitmach-Demokratie rufen wir Verbände, Vereine, Stiftungen und Kommunen auf: Machen auch Sie mit! Überlegen Sie sich eigene Jubiläumsaktivitäten. Laden Sie auf der Jubiläumswebseite zu Ihren Veranstaltungen ein. Nutzen Sie das dort angebotene Logo, um mit Ihrem Fest, Ihrer Ausstellung, Ihrer Zukunftswerkstatt Teil des Jubiläumsjahres zu werden. 200 Jahre Verfassungsstaat und 100 Jahre Freistaat Bayern – das geht uns alle an. Helfen Sie mit, das Jahr 2018 zu einem großen Fest zu machen, für unsere Heimat, unsere Werte und unser bayerisches Wir-Gefühl.

Die richtigen Weichen für die Wirtschaft

Von Isabell Jagel, Referentin für Personal, Steuern und Wirtschaft beim Bayerischen Landkreistag

Längst vergangen sind die Zeiten, in denen der ländliche Raum lediglich mit Landwirtschaft und Naherholung in Verbindung gebracht wurde. Tagtäglich wird heute in Bayerns Landkreisen an Innovationen getüftelt, die auf dem Globus für Furore sorgen. Vom kleinen Handwerksbetrieb über den klassischen Mittelständler bis zum Großbetrieb: Sie alle sind Ideenschmieden für die Welt von morgen. Damit das so bleibt, muss die Politik im Bund, im Land und auch im kommunalen Bereich die richtigen Weichen für die Wirtschaft stellen. Der Bayerische Landkreistag hat auf Initiative von Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, deswegen jüngst zwei Papiere erarbeitet, die Antworten von Land und Bund auf die Bedürfnisse der Kommunen in wichtigen Zukunftsfeldern fordern.

„Gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft entscheiden darüber, wie erfolgreich wir in Zukunft sein können. Als Quelle des Rückhalts der wirtschaftlichen Entwicklung brauchen unsere Kommunen ausreichend finanzielle Mittel, um Projekte anstoßen und umsetzen zu können. Den seitens des Deutschen Landkreistags geplanten Forderungskatalog für die Bundestagswahl 2017 und die laufenden Beratungen der Expertenkommission „Bayern Mobilität 2030“ haben wir zum Anlass genommen, um zentrale wirtschafts- und verkehrspolitische Bausteine auf den Prüfstand zu stellen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Landkreis Deggendorf.

Schwerpunkt des an den Deutschen Landkreistag übergebenen Papiers bildet die gleichwertige Entwicklung im ländlichen Raum. Die Kommunalpolitiker vor Ort kennen die Situation dort bestens. Die Landräte fordern deshalb mehr Entscheidungskompetenzen und ausreichend finanzielle Mittel auf ihrer Ebene – unter anderem durch eine strenge Umsetzung des Konnexitätsprinzips und eigene kommunale Quellen.

Einer der Hauptkritikpunkte der Landräte an den derzeitigen Rahmenbedingungen bezieht sich auf die vom Bund bereitgestellten Mittel. Obwohl der ländliche Raum heute durch Innovationen, Mobilität und Fortschritt geprägt ist, läuft die Regionalförderung der Landkreise bis heute unter dem Stichwort „Agrar- und Küstenschutz“. „Wir brauchen eine zeitgemäße Förderung, die den Fokus auf die tatsächlichen heutigen Erfordernisse des ländlichen Raums legen“, so Christian Bernreiter.

Die Kernforderungen im Einzelnen:

1. Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Regionalförderung
2. Einführung eines gesamtdeutschen Fördersystems unter Einbindung der kommunalen Ebene
3. Leistungsfähige Kommunen benötigen ausreichend finanzielle Mittel.
4. Förderung der Mobilität in allen Dimensionen – räumlich, virtuell und sozial
5. Angemessene Finanzmittel für den Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie Einbeziehung alternativer Mobilitätslösungen in den ÖPNV
6. Digitale Dienste erfordern eine starke Breitbandversorgung.
7. Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau und die Bildung von Wohneigentum in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen verbessern.
8. Unnötige Bürokratie bremst: Abbau rechtlicher Hürden und Einführung eines E-Gov-TÜV

Von der Expertenkommission „Bayern Mobilität 2030“ fordern die bayerischen Landkreise eine optimale Kombination und Vernetzung der Verkehrsmittel und Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, Smart Cities, um Smart Countries zu ergänzen, bezahlbare Mobilität und die Schaffung eines passenden rechtlichen Rahmens. „Wir müssen uns mit einem optimalen Verkehrsmittelmix, umfassenden Mobilitätsverbünden, alternativen Angeboten, einer multimodalen Mobilitätsplattform und einer innovationsfördernden Haltung zukunftsfähig mobil machen. Für neue Pilotprojekte und alternative Bedienformen im ÖPNV brauchen wir auch eine Reform des Personenbeförderungsrechts. Die Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung muss in der Hand der ÖPNV-Aufgabenträger konzentriert werden“, so Landrat Franz Löffler, Landkreis Cham, dessen Handschrift als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag das Papier trägt.

Herausforderungen für Familienunternehmen

Foto: Thomas Klink

Interview mit dem Vorsitzenden der Stiftung Familienunternehmen Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennerkes

Anfang Januar ist eine neue Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag Ihrer Stiftung erschienen, die der Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort für Familienunternehmen nur einen 12. Platz in Sachen „Attraktivität" bescheinigt. Was hat sich im Vergleich der Vorjahre, in denen wir noch bessere Plätze belegten, aus Ihrer Sicht verändert?

Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr um einen Platz abgerutscht, weil Tschechien unser Land in Bezug auf die Standortqualitäten für Familienunternehmen überholt hat. Tschechien verdankt seine bessere Platzierung vor allem einer deutlich geringeren Steuerbelastung und günstigeren Energiepreisen.

Dies sind Bereiche, in denen Deutschland wenig punkten kann. Aber unser Standort hat auch seine großen Vorteile. Im Vergleich zu 2006, als die Stiftung erstmals den Länderindex vorlegte, erreicht Deutschland mittlerweile im Bereich Unternehmensfinanzierung einen Spitzenplatz.

Rund drei Millionen Familienunternehmen stehen hinter dem Wirtschaftsturbo Deutschland. BMW zählt ebenso als Familienunternehmen wie der „Handwerksbetrieb von nebenan". Wo liegen die aktuellen Herausforderungen der Betriebe in Familienhand?

Unter den Betrieben mit einem Produktionsumsatz ab 50 Millionen Euro jährlich halten die Familienunternehmen einen Anteil von 41 Prozent. Die 500 größten von ihnen beschäftigen (weltweit) mehr Mitarbeiter als das gesamte deutsche Handwerk. Etwa 100 dieser Unternehmen sind Umsatz-Milliardäre.

Es reicht jedoch nicht aus, Familienunternehmen in ihrer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft allein nach Umsatz oder Ertragsstärke zu bewerten. Eine differenzierte Betrachtung ist notwendig. Die Bedürfnisse eines Handelsunternehmens sind andere als die in einer hoch technologisierten Produktion, in der Dienstleistung oder eines im Baugewerbe angesiedelten Betriebes. Allzu oft wirft die Politik alle Familienunternehmen in einen Topf.

Eine der größten Herausforderungen für alle Familienunternehmen ist die Bürokratie und hier insbesondere die Neuregelung durch die Erbschaftsteuerreform. Die Zusage „minimalinvasiv" vorzugehen, hat der Finanzminister längst über Bord geworfen. Für die Familienunternehmen bedeutet dies: Eine generelle Überprüfung der bisherigen Nachfolgekonzeption ist dringend angesagt.

Fachkräfte werden überall gebraucht. Was bringt junge Leute in die Fläche?

Da müssen Familienunternehmer bei ihrer Akquisition von Führungskräften ihre Stärken deutlicher herausstreichen. Flache Hierarchien, ein familienfreundliches Arbeitsumfeld, hohe Arbeitsplatzsicherheit und eine traditionell enge Verbundenheit mit dem Unternehmensstandort überzeugen die junge Arbeitnehmergeneration zunehmend. Der qualifizierte Facharbeiter kann das angestrebte Eigenheim im ländlichen Bereich schneller finanzieren als in den durch die Großkonzerne beherrschten Ballungsräumen.

Was erwarten sich die Unternehmen grundsätzlich von der Politik?

Sie erwarten stabile und berechenbare Rahmenbedingungen. Nur durch diese kann sich Deutschland auf Dauer im internationalen Wettbewerb behaupten. Wie der Länderindex zeigt, gibt es noch viel zu tun.

Die Furcht vor flexiblen Arbeitsverhältnissen, vor Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung, vor einem Abbau der kalten Progression sowie vor einer Reduzierung der Energiekosten muss abgebaut werden. Inakzeptabel ist auch die dem Mittelmaß huldigende Positionierung Deutschlands im Bereich der Bildung. Das Land der Dichter und Denker hat längst die frühere Attraktivität für junge Wissenschaftler verloren.

Nach aktuellen Studien wird es für Firmeninhaber immer schwieriger, ihr Lebenswerk an nachfolgende Generationen zu übergeben. Wie sieht ein steuerliches Konstrukt aus, das diesem Trend entgegenwirkt?

So sehr steuersparende Gestaltungen für das Familienunternehmen nutzbar gemacht werden sollten, so sehr ist vor Übertreibungen zu warnen. Die nachhaltige Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens ist nicht erstrangig eine Frage der Steuerersparnis, sondern die einer überzeugenden Unternehmensstrategie. Dies gilt jedenfalls für die laufende ertragssteuerliche Belastung. Im Bereich der Substanzsteuern ist allerdings die Politik aufgefordert, jede Zusatzbelastung zu vermeiden. Dass die von den Grünen geforderte jährliche Substanzsteuer in Höhe von einem Prozent auf größere Vermögen ein unternehmerisches Desaster darstellen würde, lässt sich schon rechnerisch nachweisen. Innerhalb einer Generation von etwa 30 Jahren würden demnach 30 Prozent des Unternehmenswertes vernichtet.

Die Vertreter auf Kreisebene arbeiten beständig daran, die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft vor Ort im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verbessern. Die Kommunalpolitiker wissen genau, was in ihrem Landkreis los ist. Auch deswegen fordern die bayerischen Landrätinnen und Landräte im Rahmen der Bundestagswahl 2017 mehr Entscheidungskompetenzen und ausreichend finanzielle Mittel auf ihrer Ebene. Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit vor Ort?

Familienunternehmen schätzen den engen Kontakt zu den lokalen Behörden. Hier leisten die bayerischen Landrätinnen und Landräte seit Jahrzehnten eine hervorragende Arbeit. Ihnen ist es mit zu verdanken, dass der Freistaat Bayern sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Agrarstaat zu Deutschlands stärkster Industrieregion entwickelt hat.

Nicht überall entwickeln sich die Regionen gleich schnell. Wie könnte 2030 aus heutiger Sicht aussehen? Und welche Stellschrauben würden Sie gerne drehen, um 2030 zu gestalten?

Ein Schwachpunkt – vor allem im ländlichen Raum – ist der mangelnde Breitbandausbau. Im vergangenen Jahr sind Bundeszuschüsse hierfür in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro nicht abgerufen worden. Damit verlieren wir den Anschluss an die Digitalisierung. Amerika macht es uns vor. Uns fehlt die in den USA seit Jahren systematisch durchgeführte Sammlung von Kundendaten. Dabei müsste unserer Wirtschaft klar sein: Wer die Kundendaten besitzt, der besitzt auch die Kunden. Und wer die Kunden besitzt, der beherrscht die Märkte von morgen und übermorgen.

Welche Themen bestimmen für Sie persönlich 2017?

Es gilt, drei Bereiche zu unterscheiden.

Erstens: Die Innenpolitik. Hier muss die desaströse Arbeitsplatzpolitik der großen Koalition dringend korrigiert werden. Unsere Betriebe brauchen flexible Arbeitsplätze, um auf Marktschwankungen sofort reagieren zu können.

Zweitens: Die Europapolitik bedarf einer vollständigen Revision. Wir brauchen Europa, doch die ständige Verletzung der Subsidiarität zu Lasten der Nationalstaaten kann nicht länger hingenommen werden. Es reicht aus, wenn aus Brüssel die Bereiche Verteidigung, Sicherheit, Handelspolitik und Geldpolitik koordiniert werden. Die von Mario Draghi durchgeführte Vermögensverlagerung von Nord nach Süd muss allerdings sofort beendet werden. Wie das Beispiel Griechenland zeigt, stürzt sie die schwachen Länder in weitere Armut und verzehrt die Reserven der stärkeren Länder.

Drittens: Frieden weltweit. Meine Hoffnung ist gering. Sie ruht auf unserem neuen Bundespräsidenten, der wie kein anderer das Handwerkszeug kennt, um wenigstens kleinere Fortschritte erzielen zu können. Hierzu brauchen wir Geduld und Vertrauen.

BERUFERADAR Niederbayern steigert Attraktivität der Dualen Ausbildung

Erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt von vier niederbayerischen Regionen

In einem bisher einzigartigen Gemeinschaftsprojekt haben sich Stadt und Landkreis Landshut, der Landkreis Straubing-Bogen und die Stadt Straubing sowie die Landkreise Dingolfing-Landau und Rottal-Inn zusammengetan, um mit dem BERUFERADAR Niederbayern überregional für eine Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung zu werben. Mit der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, den Kreishandwerkerschaften, dem Niederbayern Forum e.V. und der Bundesagentur für Arbeit beteiligten sich kompetente Partner an dem Projekt. Die breit angelegte Medienkampagne zur Vorstellung von 13 Berufsbildern fand dabei besonders bei den Eltern und den Jugendlichen großen Anklang und erreichte damit die gewünschten Zielgruppen.

Ziel der Kampagne war es, mit gängigen Vorurteilen zur Berufsausbildung aufzuräumen. Zudem sollte sie zeigen, was die Duale Berufsausbildung alles zu bieten hat. Das Augenmerk lag dabei einerseits mit dem Handwerk auf einem stark boomenden Wirtschaftszweig und andererseits auf dem Gesundheitssektor, der aufgrund der immer älter werdenden Gesellschaft ebenfalls beste Berufsaussichten bietet. Der Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung lassen auch in Niederbayern den Berufsnachwuchs schmelzen. Deshalb braucht die berufliche Ausbildung vor allem im Handwerk und der Gesundheitsbranche ein gestärktes Image. Um auf die vielfältigen Chancen aufmerksam zu machen, hat sich ein landkreisübergreifendes Projekt formiert: In einer breit angelegten Serie wurden beispielsweise im Dingolfinger Anzeiger 13 Berufsbilder vorgestellt, in denen bereits ein erheblicher Bewerbermangel herrscht. Zudem gab es einen vielbeachteten Auftaktartikel im Niederbayernteil der Verlagsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung. Darüber hinaus wurde der Kampagne in einer Sonderbeilage des Straubinger Tagblatts im Februar 2017 viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Neben den Printmedien war die Berichterstattung in den Lokalfernsehsendern IsarTV, DonauTV und TRP1 ein weiteres wichtiges Standbein der Kampagne. Das anschauliche Videomaterial zu den einzelnen Berufsbildern wurde nicht nur im aktuellen Programm in ganz Niederbayern ausgestrahlt, sondern steht in der Mediathek der einzelnen Sender dauerhaft zum Abruf zur Verfügung. Alle Beteiligten waren sich einig, dass sich die aus der Kampagne entstehenden Clips zu den einzelnen Berufsbildern bestens als Werbematerial bei Präsentationen auf Ausbildungsmessen oder bei der Berufsorientierung in Schulen eignen. Deshalb soll das Material auch noch weiter verbreitet und allen Landkreisen in ganz Niederbayern zur Verfügung gestellt werden. Die Verantwortlichen denken dabei an eine Platzierung der Clips auf den Internetseiten der einzelnen Landkreise und Städte sowie der beteiligten Institutionen. Zudem wird über eine spezielle Themenseite der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz und der Kreishandwerkerschaften nachgedacht. Um die jugendliche Zielgruppe noch besser zu erreichen, sollen auch die gängigen Social-Media-Kanäle wie Facebook und YouTube bedient werden.

Bei der Ergebnispräsentation waren sich die Vertreter aus den einzelnen Regionen einig, dass mit dem BERUFERADAR ein einmaliges Projekt aus der Taufe gehoben wurde, von dem nicht nur die beworbenen Berufsbilder, sondern vor allem auch die jugendlichen Fachkräfte von morgen profitieren. Ein besonders gelungener Aspekt war sowohl bei den Presseartikeln als auch bei den Videoclips, dass die Jugendlichen im Mittelpunkt standen und ihren Ausbildungsberuf authentisch aus ihrer Sicht darstellen konnten. Die Berichte zeigten zudem auf, wie sich manche Berufsbilder gewandelt haben, zu denen es vielleicht in den Köpfen der Jugendlichen noch veraltete Vorstellungen gibt. Da der Fachkräftemangel ein regionsübergreifendes Thema ist, sei es nur konsequent gewesen, dass sich die Regionalmanagements aus den einzelnen Landkreisen und Städten gemeinsam diesem wichtigen Zukunftsthema widmen. Auf ebenso positive Resonanz stieß das BERUFERADAR bei den beteiligten Institutionen und Partnern. Für die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz passt das Projekt perfekt zu den weiteren Kampagnen des bayerischen Handwerks zum Thema Fachkräftemangel, wie beispielsweise den Aktionen „Macher gesucht“ oder Elternstolz“, und bildet einen wichtigen Baustein zur Steigerung der Beschäftigungszahlen. Es trägt zudem zum Aufbau eines modernen Images des Handwerks bei und stellt diesen tragenden Wirtschaftszweig sehr anschaulich dar. Dabei kann das Handwerk auch bereits einen positiven Trend verzeichnen: Zum Stichtag 31.12.2016 konnte in Niederbayern ein Zuwachs an Beschäftigen um 8 Prozent festgestellt werden. Einen kleinen Beitrag hat dazu sicherlich das BERUFERADAR geleistet, das zudem ein gutes Beispiel für eine gelungene Vernetzung der Akteure in den beteiligten Regionen darstellt.

Das BERUFERADAR wurde organisiert von den Regionalmanagements der Regionen und von der Kreishandwerkerschaft Landshut und der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz als Partner und Sponsor unterstützt. Zudem beteiligten sich die übrigen Kreishandwerkerschaften, die Agentur für Arbeit und das Niederbayern Forum e.V. an der Kampagne.

Weiterführende Informationen zum BERUFERADAR finden sich auf den Internetseiten der beteiligten Regionen, dem Internetauftritt der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz oder in den Mediatheken von IsarTV, DonauTV und TRP 1. *(LRA Landshut)*

V.l.n.r.: Landrat Peter Dreier, Landshut, Landrat Heinrich Trapp, Dingolfing-Landau, Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, und Landrat Josef Laumer, Straubing-Bogen

Neuer Leitfaden des Bayerischen Innovationsrings zur zielorientierten Steuerung und zum strategischen Management

Von Prof. Dr. Jens Weiß (Hochschule Harz), Hans Gey (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Brigitte Keller (Landkreis Ebersberg), Bernd Kuch (Landkreis Fürth), Anita Schwemmer, Elisabeth Wimmer (beide Landkreis Rottal-Inn), Klaus Geiger (Bayerischer Landkreistag)

Seit mehr als 20 Jahren gibt es Ansätze, die Steuerung der kommunalen Leistungserbringung zu verbessern. Der Schlüssel zu einer verbesserten Steuerung scheint dabei das Verhältnis zwischen „der Politik“ – den gewählten, ehrenamtlichen Mitgliedern des Kreistags – und der Verwaltung sowie die Unterstützung durch die Landrätin bzw. den Landrat zu sein. Der neue *Leitfaden des Bayerischen Innovationsrings zur zielorientierten Steuerung und zum strategischen Management* beschäftigt sich mit der Frage, wie die Schnittstelle zwischen politischen Entscheidungen und Verwaltungsprozessen in den Landratsämtern sinnvoll, effizient und effektiv organisiert werden kann. Auf der Basis aktueller Erfahrungen aus bayerischen Landkreisen entwickelt der von der Projektgruppe „Betriebswirtschaft“ unter der Leitung von Landrat Michael Fahmüller, Landkreis Rottal-Inn, erarbeitete Leitfaden ein **pragmatisches Vorgehensmodell**, das nicht nur dann „funktioniert“, wenn es genau und allumfassend umgesetzt wird. Der Leitfaden versteht sich vielmehr als *Werkzeugkoffer* für die Einführung einer zielorientierten Steuerung und eines strategischen Managements. Die Empfehlungen berücksichtigen die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort und sollen dabei helfen, etwaige Steuerungsprobleme zu erkennen und zu bearbeiten, um so schrittweise Verbesserungen zu ermöglichen.

Im *ersten Teil des Leitfadens* werden Grundlagen eines **Kernmodells** zur zielorientierten Steuerung und zum strategischen Management in den Landratsämtern dargestellt. Außerdem werden verschiedene Aspekte der Einführung solcher Konzepte erläutert. Im *zweiten Teil* finden sich vier **Praxisbeispiele** aus den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Ebersberg, Fürth und Rottal-Inn, die unterschiedliche Zielsetzungen und Vorgehensweisen bei der Einführung einer zielorientierten Steuerung oder eines strategischen Managements aufzeigen. Die Praxisbeispiele machen deutlich, dass viele der beschriebenen Grundprinzipien pragmatisch umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt werden können.

Selbstverständlich wird in jeder Verwaltung gesteuert: Ressourcen – also Personal, Geld und Sachmittel – werden unterschiedlichen Verwendungszwecken zugewiesen und bei Bedarf aufgestockt, reduziert oder umgeschichtet. Mit dem Begriff der „zielorientierten Steuerung" wird im Leitfaden eine Steuerung der Verwaltung durch „die Politik" verstanden. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass die Politik mittel- und langfristige Ziele für die Entwicklung des Landkreises formuliert und die Festlegung von Maßnahmen zur Zielerreichung im Wesentlichen der Verwaltung überlässt.

Die wichtigste Voraussetzung, um eine zielorientierte Steuerung und ein strategisches Management zu entwickeln, sind **Transparenz und Vertrauen**. Gewinnen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger den Eindruck, dass die Verwaltung die formulierten Ziele nicht optimal verfolgt, werden sie erfahrungsgemäß versuchen, eine bessere Kontrolle über die Aktivitäten der Verwaltung zu erlangen. Der Fokus verschiebt sich von der Steuerung über Ziele auf die direkte Intervention in das Verwaltungshandeln. Zur Umsetzung der politischen Ziele, aber auch zum kontinuierlichen (Nach-)steuern, muss die Verwaltung daher entsprechende Prozesse entwickeln und über die erreichten (Zwischen-)Ziele transparent informieren (vgl. zum Beispiel zu Controllingprozessen die *Abbildung 1*).

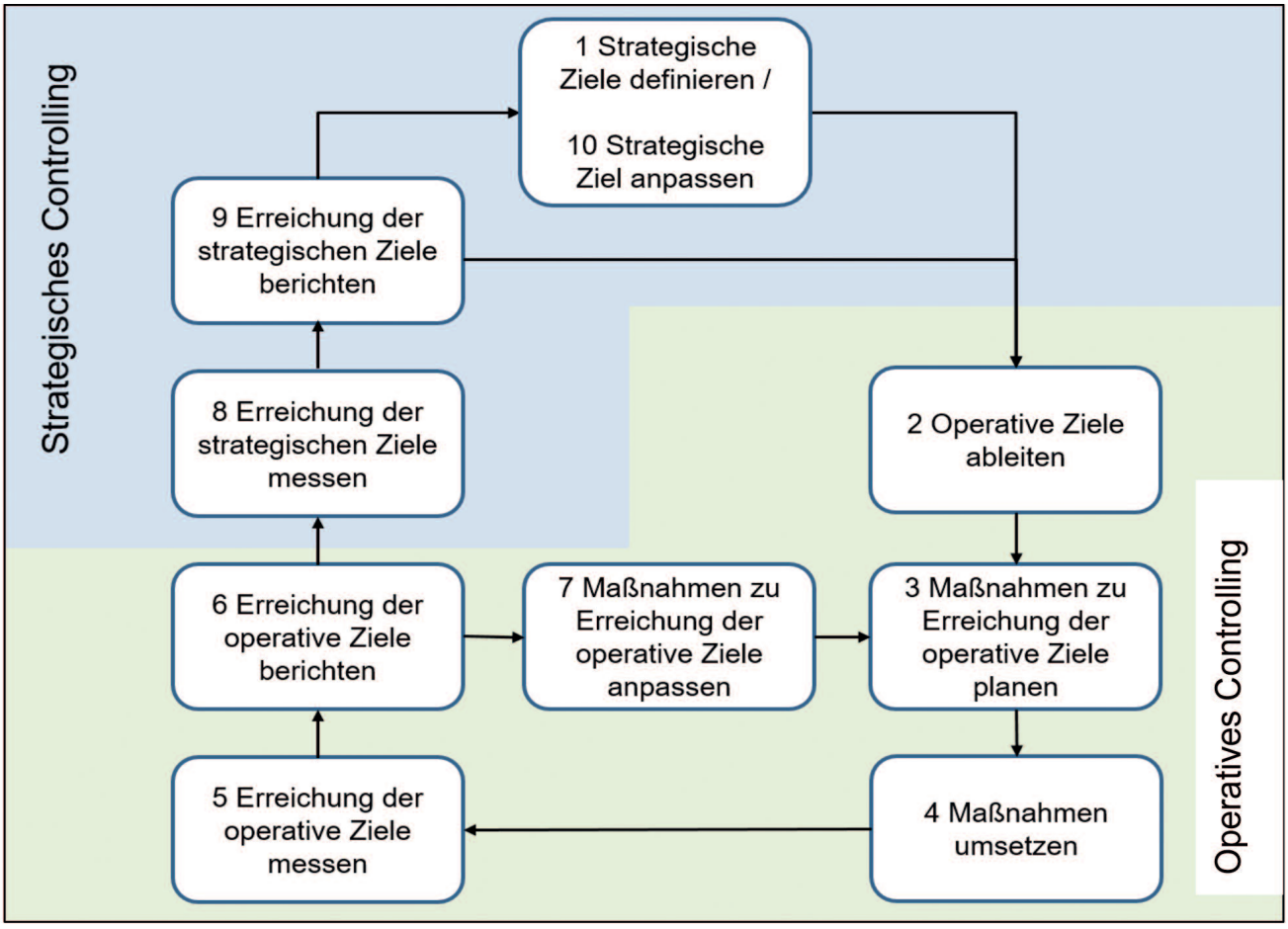


Abbildung 1: Verzahnung von strategischem und operativem Controlling

Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt des Leitfadens auf der Darstellung von Instrumenten und Prozessen, die eine ziel- und strategieorientierte Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung unterstützen können, sowie auf Vorschlägen und Erfahrungen, um dieses Verhältnis bei Bedarf schrittweise weiterzuentwickeln.

Die Praxisbeispiele aus bayerischen Landkreisen geben einen Eindruck von den praktischen Erfahrungen aus Verwaltungen, die eine zielorientierte Steuerung bzw. ein strategisches Management gerade einführen bzw. bereits eingeführt haben. Die nachfolgende Abbildung stellt die Aufgaben der strategischen Steuerung in Politik und Verwaltung am Beispiel des Landkreises Ebersberg dar:

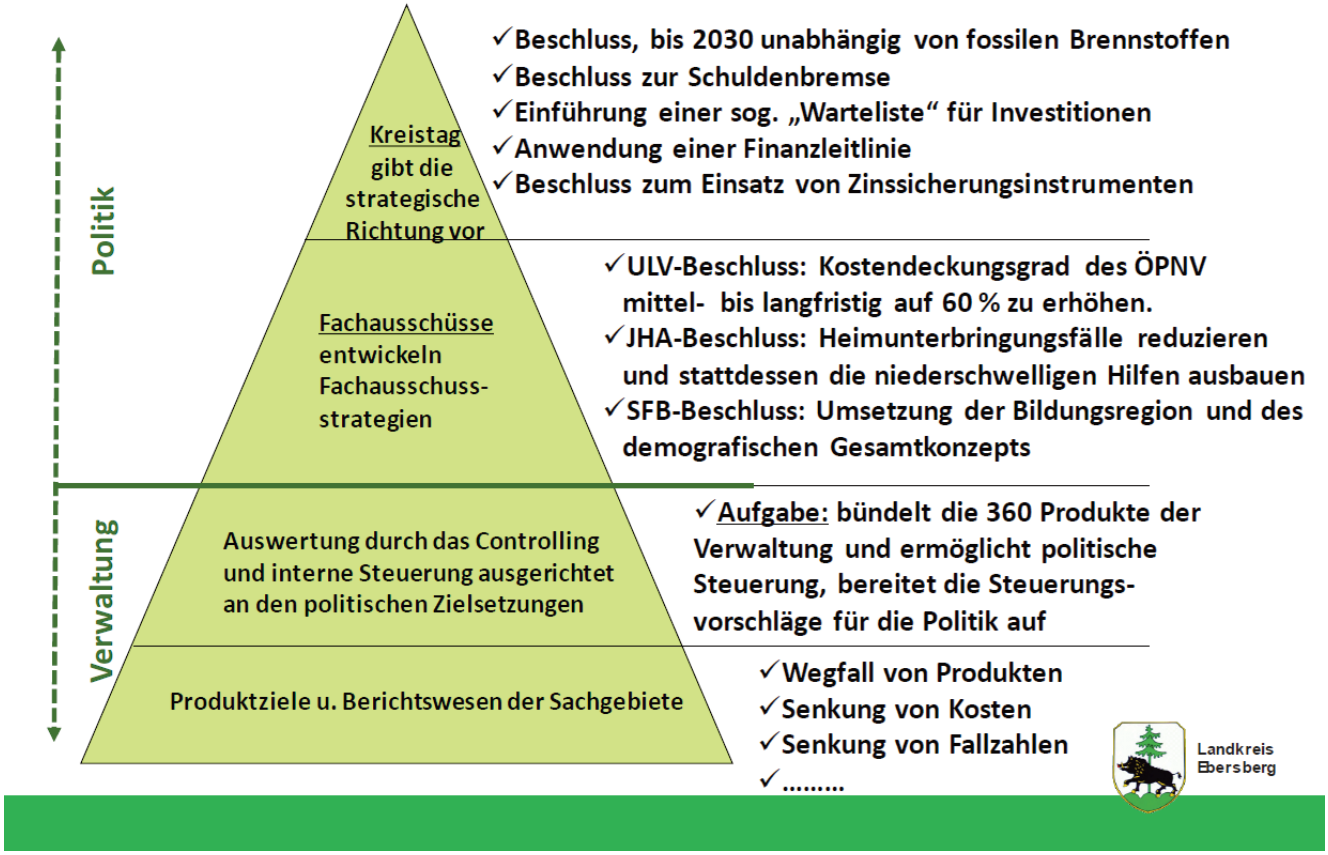


Abbildung 2: Aufgaben der strategischen Steuerung in Politik und Verwaltung am Beispiel des Landkreises Ebersberg, Quelle: Landkreis Ebersberg

Die Praxisbeispiele zeigen darüber hinaus, wie Ansätze einer zielorientierten Steuerung und Instrumente des strategischen Managements in den Landkreisen genutzt werden, um mittel- bis langfristige Entwicklungsprozesse zu erkennen und steuernd einzugreifen. Dabei wird deutlich, dass unterschiedliche Schwerpunktsetzungen (z.B. die Verbesserung der Effizienz von Verwaltungsleistungen, der strategischen Steuerung oder auch der Bürgerbeteiligung) möglich und erfolgreich sein können. Zentrale Bedeutung hat in allen Beispielen der Aufbau eines strategischen Controllings. Ohne Zweifel liegt hier auch ein erheblicher Aufwand, der aber – und das machen die Beispiele deutlich – gerechtfertigt und akzeptabel ist, wenn dadurch zusätzliche entscheidungsorientierte Steuerungsinformationen bereitgestellt werden, die dann auch entsprechend genutzt werden.

Viele der im Leitfaden beschriebenen Grundprinzipien können pragmatisch umgesetzt werden. Sind die ersten Schritte gemacht, können sich neue Steuerungskonzepte über die Jahre weiterentwickeln. Der Leitfaden kann über die Internetseite des Bayerischen Landkreistags kostenlos heruntergeladen werden: http://www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/BayerischerInnovationsring.aspx.

Krankenkassen, Bund, Land und Kassenärztliche Vereinigung bei Ärztemangel auf dem Land gefordert

Landrat Johann Kalb, Bamberg (links), Landrat Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau

Am 8. Februar 2017 zeigten zahlreiche Landräte im Rahmen der Fachtagung „Ambulante ärztliche Versorgung auf kommunaler Ebene weiterentwickeln“ in Nürnberg Flagge für die Landkreise im Gesundheitswesen. Landrat Leo Schrell, Dillingen a. d. Donau, stellte sich als Mitglied des Präsidiums beim Bayerischen Landkreistag in der Podiumsdiskussion der durch das Kommunalbüro für ärztliche Versorgung organisierten Veranstaltung Peter Krase (Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern), Dr. Heidemarie Lux (Bayerische Landesärztekammer), Dr. Hans-Erich Singer (Kassenärztliche Vereinigung Bayerns), Dr. Dieter Geis (Bayerischer Hausärzteverband), Dr. Marco Roos (Junge Allgemeinmedizin Deutschland), Dr. Dagmar Schneider (Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin), Prof. Dr. Antonius Schneider (Technische Universität München) und dem Ersten Bürgermeister von Waldsassen, Bernd Sommer. Auch die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, MdL, war vor Ort, um in ihrer Rede „Bayerische Initiativen für eine gute und menschliche Gesundheitsversorgung“ vorzustellen.

„Wir Landkreise packen seit Jahren an, um Versorgungsstrukturen für die Bürger im Gesundheitswesen zu erhalten auf die Bayern stolz sein kann. Wir sind aber auf die Krankenkassen, den Bund und das Land angewiesen, um drängende Probleme wie den zunehmenden Ärztemangel auf dem Land bei gleichzeitiger Überversorgung in den Ballungsräumen zu bewältigen. Vielfach werden uns durch starre und überholte Vorgaben der Krankenkassen, aber auch durch die Kassenärztliche Vereinigung die Hände gebunden“, so Landrat Leo Schrell.

Die hausärztliche Versorgung beziehungsweise die sogenannte Landarzt-Problematik hat für die Kommunen im ländlichen Raum höchste Bedeutung. Kreisangehörige Gemeinden, aber auch Landkreise ergreifen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zahlreiche Maßnahmen, um die Schließung von Arztpraxen mangels Nachfolgeregelungen zu vermeiden.

> ***„Jeder dritte Hausarzt in Bayern ist über 60 Jahre.“***
>
> *Dr. Dieter Geis, Landesvorsitzender des Bayerischen Hausärzteverbandes in Bayern*

Für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung ist die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) zuständig (§§ 72 ff. SGB V). Hierzu zählt insbesondere auch die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst) nach § 75 Abs. 1b SGB V.

Die mit der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA vom Dezember 2012 eingeleitete kleinräumigere Planung der hausärztlichen Versorgung begrüßt der Bayerische Landkreistag. Wünschenswert wäre allerdings eine im Einzelfall flexiblere Handhabung des Zuschnitts von Mittelbereichen als Planungsregion.

Im Ausfluss von § 105 SGB V hat die KVB selbst für die Förderung der vertragsärztlichen Versorgung zu

sorgen. Zwar können nach § 105 Abs. 5 SGB V auch Kommunen mit Zustimmung der KVB in begründeten Ausnahmefällen eigene Einrichtungen zur unmittelbaren medizinischen Versorgung der Versicherten betreiben, jedoch ist das aus Sicht des Bayerischen Landkreistags kein geeigneter Weg. Für den Freistaat Bayern wurde in Abstimmung mit dem Innenministerium auch klargestellt, dass für die hausärztliche Versorgung hier allenfalls kreisangehörige Gemeinden wegen des geringen Arzt/Einwohner-Verhältnisses infrage kämen.

„Tatsächlich erfordern demografische und andere gesellschaftliche Veränderungen Strategien, um die wohnortnahe und flächendeckende Versorgung auch zukünftig zu erhalten."

Melanie Huml, MdL, Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege

Landrat Jens Marco Scherf, Miltenberg (links), Landrat Wilhelm Schneider, Haßberge

Für die Landkreise kommen dafür insbesondere die Pflege des Verhältnisses zwischen den Kreiskrankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten als Einweiser und die Förderung des Nachwuchses, etwa im Rahmen von Weiterbildungsverbünden für Allgemeinmediziner oder der gezielten Bindung von Nachwuchsmedizinern an den ländlichen Raum (Stipendien-Programme), infrage. Im Rahmen der Gesundheitsregionen^{plus} bestehen weitere Möglichkeiten, die intersektorale Zusammenarbeit und Vernetzung zu verbessern.

Die vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geschaffenen Fördermöglichkeiten zur Erleichterung der Praxisübernahme werden vom Bayerischen Landkreistag jedoch begrüßt.

Wichtiger erscheinen dagegen Maßnahmen, die Ausbildung von Allgemeinmedizinern bereits während des Studiums zu fördern und über eine stärkere Kooperation von Universitätsklinika mit Kreiskrankenhäusern schon die Studierenden in den ländlichen Raum zu bringen.

Besonderes Augenmerk ist aktuell auf die Organisation des Bereitschaftsdienstes durch die KVB und die Etablierung von Bereitschaftsdienst-Praxen an Krankenhäusern zu legen. Der gesetzliche Sicherstellungsauftrag wird von der KVB aktuell dahingehend interpretiert, dass nur aus der Perspektive der Patientenströme im niedergelassenen Bereich geeignete Krankenhäuser ausgewählt werden. Ausgeblendet wird von der KVB dabei bedauerlicherweise die Rückwirkung der Patientenströme auf die Krankenhäuser, die unter einer zunehmenden Überlastung der Notfallambulanzen auch während der Öffnungszeiten der Arztpraxen leiden.

Die KVB stellt den Ausbau von 57 auf 73 Bereitschaftsdienstpraxen innerhalb von zwei Jahren als außerordentlichen Erfolg dar, profitiert dabei jedoch aktuell vom Windhund-Prinzip und der Standort-Konkurrenz der Krankenhäuser untereinander. Ob der angestrebte Ausbau auf 110 Praxen weiterhin so unproblematisch zu gestalten ist, muss bezweifelt werden.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Bayerischer Landkreistag jetzt Mitglied im Bündnis für Prävention

Der Bayerische Landkreistag ist am 20. März 2017 dem Bündnis für Prävention beigetreten. Gemeinsam mit 18 weiteren neuen Mitgliedern nahm Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, die Urkunde von Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml im Max-Joseph-Saal der Münchner Residenz entgegen. Diese hatte das Bündnis 2015 ins Leben gerufen, um auf Basis des Bayerischen Präventionsplans die Bürger in Bayern zu erreichen, bevor Krankheiten entstehen und nicht erst, wenn es um die beste Heilung und Genesung geht. „Uns geht es auch darum, dass insbesondere Volkskrankheiten wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen möglichst früh erkannt oder bestenfalls vermieden werden. Zugleich ist die Gestaltung gesunder Lebenswelten wichtig. Klar ist: Gesundheitsförderung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nur gemeinsam gelingen können. Auf sich und seine Gesundheit zu achten, ist in jedem Alter wichtig“, so Staatsministerin Melanie Huml.

„Unsere Landkreise sind in Sachen Gesundheitsversorgung allein durch ihre besondere Rolle bei den Krankenhäusern, aber auch beim Erhalt einer ambulanten ärztlichen Versorgung in der Fläche, oft die ersten Ansprechpartner vor Ort. Darüber hinaus haben sie auch durch ihre Vielzahl an Aufgaben viele Zugänge zu den Menschen und können aktiv für das Thema „Gesundheit“ werben. Ich freue mich, dass wir als Bayerischer Landkreistag einen Beitrag zur Prävention leisten können“, so Dr. Johann Keller.

Insgesamt 124 Partner, bestehend aus Verbänden, Krankenkassen und vielen mehr, unterstützen das Gesundheitsministerium zukünftig bei seinen Präventionsaktivitäten.

Dr. Johann Keller und Staatsministerin Melanie Huml

Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung im Landkreis Hof

Stehend von links: Hermann Dederl, Geschäftsführer Klinikum Hochfranken, Dr. Katharina Bunzmann, Dr. Oliver Bär, Landrat des Landkreises Hof, Alexandra Eichner, Geschäftsstellenleitung Gesundheitsregion Plus Stadt und Landkreis Hof, Dr. med. Holger Otto, Geschäftsführer Sana-Klinikum Hof
Sitzend von links: Klaus Tröger, Geschäftsführer Ärztegenossenschaft Hochfranken, Dr. med. Andreas Pötzl, Geschäftsführer Unternehmen Gesundheit Hochfranken

Ein wohnortnaher Zugang zu hochwertiger Medizin sollte allen Bürgern offen stehen. Allerdings ist die Qualität der Gesundheitsversorgung in Deutschland alles andere als einheitlich. Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich klassische Outcome-Indikatoren regional zum Teil deutlich unterscheiden – das gilt sowohl im Hinblick auf die stationäre als auch die ambulante Gesundheitsversorgung (Kolip et al.2012, Lüring et al.2013, Melchior et al.2014 Nolting et al.2011, Albrecht et al 2014, Sachverständigenrat 2014).

Vernetzung von ambulanter und stationärer Gesundheitsversorgung – wie das Vorhaben im Landkreis Hof umgesetzt wird

Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, ist ein wesentliches Ziel der bayerischen Gesundheitspolitik. Lokale Versorgungsstrukturen und die Präventionsangebote innerhalb Bayerns sind sehr unterschiedlich. Am besten können Akteure vor Ort die jeweilige Lage in ihrer Region beurteilen und sind so auch am ehesten imstande, passgenaue Maßnahmen und Lösungen zu entwickeln. Für den Schritt einer Umsetzung müssen diese möglichst eng miteinander vernetzt sein. Genau dieses Konzept hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege aufgegriffen und fördert im Rahmen der „Gesundheitsregion^{plus}“ die medizinische Versorgung und Prävention. Wesentlicher Schritt ist dabei auch die wichtige Vernetzung der Akteure vor Ort.

Die Gesundheitsregion^{plus} Stadt und Landkreis Hof ist seit August 2015 eine von derzeit 32 geförderten Projektregionen. Sie bietet eine Kooperationsstruktur und ermöglicht die sektorenübergreifende Zusammenarbeit von regionalen Akteuren des Gesundheitswesens sowie der Kommunalpolitik. Zudem stärkt sie die medizinische Vorsorge und Versorgung mit eigenen Projekten.

Organisation und Aufgaben der Gesundheitsregion^{plus} Stadt und Landkreis Hof

Die Gesundheitsregionplus Stadt und Landkreis Hof setzt sich aus drei Gremien zusammen: Die Lenkungs-

und Steuerungsgruppe ist das zentrale Managementinstrument. Mindestens einmal jährlich versammeln sich wichtige regionale Akteure, die im Landkreis Hof bei der gesundheitlichen Versorgung und Vorsorge mitwirken. Vorsitzender der Lenkungs- und Steuerungsgruppe ist der Landrat des Landkreises Hof, Dr. Oliver Bär.

Die Arbeitsgruppen der Gesundheitsregion^{plus} widmen sich vorrangig den Handlungsfeldern Gesundheitsförderung und Prävention, Pflege und Senioren, Psychische Gesundheit und Gesundheitsversorgung. In den einzelnen Arbeitsgruppen werden konkrete Probleme erörtert und Lösungsvorschläge sowie Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Themenbereiche gehen von gesunder Ernährung über Suchtprävention bis hin zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung. Aufgrund dieser Vielzahl von Handlungsfeldern ergibt sich ein breites Spektrum von Ergebnissen, das sind u. a.:

- Analyse der Versorgungssituation
- Wissens- und Informationsvermittlung
- Entschließungen zu regional prioritären Versorgungsthemen
- Handlungsempfehlungen, die unter Selbstverpflichtung der Beteiligten umgesetzt werden
- Stellungnahmen für regionale Bedarfsplanung oder Krankenhausplanung
- Gesundheitspolitische Strategieformulierung
- Formulierung von kommunalen Gesundheitszielen
- Initiierung oder Analyse von Gesundheitsberichten und Versorgungsindikatoren
- Initiierung von Projekten oder Maßnahmen
- Evaluationen und Verlaufsbeobachtungen von Projekten oder Maßnahmen
- Neuorientierung bestehender Gesundheitsfachdienste in der Region
- Transfer zwischen Land und Kommune
- Öffentlichkeitsarbeit
- Kooperationsprojekte oder gemeinsame Maßnahmen

Die Geschäftsstelle als drittes Gremium der Gesundheitsregion^{plus} dient als Anlauf- und Koordinierungsstelle. Zu ihren Aufgaben gehören die inhaltliche und organisatorische Begleitung der Lenkungs- und Steuerungsgruppe sowie der Arbeitsgruppen, Zusammenführung von Informationen und deren Weitergabe sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Bei Fragen und Anmerkungen dient sie als Ansprechpartner für alle Gremien des Gesundheitswesens.

Ambulant-stationärer Datenaustausch „ASDA“

Jeder Patient kennt das Problem: Die gesundheitliche Versorgungslandschaft hat sich zu einem schier unüberblickbaren Leistungsangebot entwickelt. Oft gehen Informationen verloren, es entstehen unnötige Wartezeiten und häufig auch vermeidbare Doppeluntersuchungen, weil die einzelnen Leistungserbringer, seien es niedergelassene Ärzte oder Krankenhäuser, nicht miteinander vernetzt sind. Aus diesem Grund haben sich im Rahmen des Konzeptes „Gesundheitsregion plus Stadt und Landkreis Hof“ die beiden Arztnetze aus Hof, die Unternehmung Gesundheit Hochfranken (UGHO) und die Ärztegenossenschaft Hochfranken (ÄGH) mit dem Sana Klinikum Hof und den Kliniken HochFranken zur Vernetzungsinitiative ambulant-stationärer Datenaustausch „ASDA“ zusammengeschlossen.

Der Wechsel von Patienten zwischen ambulantem und stationärem Bereich führt oft zu Änderungen der Medikation. Bei einer notfallmäßigen Einweisung haben die Patienten kaum Befunde bei sich, es fehlen Daten zu Anamnese, Diagnosen, evtl. weiterführende Untersuchungen wie z. B. Ultraschall. Gerade bei diesen Patienten ist es zwingend notwendig, dass solch wichtigen Daten, die für die Behandlung hilfreich wären, unverzüglich dem Behandler zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle setzt das innovative Projekt „ASDA“ an. Dieses ermöglicht dem behandelten Arzt den aktuellen Patientenstatus abzurufen und so für die Diagnosestellung wichtige Informationen zu erhalten. Dies kann im Ernstfall Leben retten. „ASDA“ nimmt aber nicht nur die Vernetzung der niedergelassenen Hausärzte mit den Kliniken in Angriff, sondern bindet auch die niedergelassenen Fachärzte in den Prozess mit ein. Künftig findet ein sektorenübergreifender Datenaustausch aller Fachgruppen im ambulanten und stationären Bereich statt und die derzeit vorhandenen Informationslücken in der medizinischen Versorgung werden geschlossen.

Warum ist der Informationsaustausch bislang so schwierig?

Eines der Hauptprobleme der ambulanten und stationären Versorgungsbereiche ist die mangelnde Kommunikation untereinander und die oft fehlenden Möglichkeiten, die Daten der Patienten sinnvoll, für den anderen Bereich verständlich und unter Berücksichtigung des Datenschutzes auszutauschen. Hier ist es den

Vernetzungspartnern, vertreten durch die UGHO und die ÄGH für den Bereich der ambulanten Versorgung und vertreten durch die Kliniken HochFranken und das Sana Klinikum Hof für den Bereich der stationären Versorgung, gelungen, eine entscheidende Hürde zu nehmen. Es wurde offen mit der Kommunikationsproblematik umgegangen und gemeinsam eine Lösung erarbeitet.

Dabei greifen die Projektbeteiligten auf ein im ärztlich niedergelassenen Bereich bewährtes System zurück: Daten werden nicht zentral vorgehalten, „ASDA" nützt vielmehr die weiterhin dezentrale Datenverfügbarkeit jedoch mit bilateraler Kommunikation. Jeder Informationsaustausch ist individuell verschlüsselt und der behandelnde Hausarzt bleibt der Einzige, der – wie auch bei den aktuell üblichen Kommunikationswegen der medizinischen Versorgung – die Daten erhält. Der entscheidende Unterschied liegt aber darin, dass der Vertretungsarzt, Facharzt oder – wie in diesem Projekt angestrebt – auch die Krankenhäuser im notwendigen Behandlungsfall festgelegte Patientenparameter automatisch mit dem Einlesen der Versichertenkarte abrufen können. Die notwendigen Systemvoraussetzungen sind von Seiten der Arztnetze UGHO und ÄGH bereits zum großen Teil erfüllt und müssen lediglich in den Kliniken noch umgesetzt werden.

Auf Grund eines nicht unerheblichen finanziellen Aufwandes und des hohen Innovationsgehaltes wurde das Projekt ASDA unter Federführung der UGHO mit einer Projektsumme in Höhe von 2,3 Mio. Euro beim bundesweit eingerichteten Innovationsfonds eingereicht, jedoch leider ohne Erfolg. Auch ohne finanzielle Förderung geht es weiter, hier sind sich alle Projektbeteiligten einig. Ausschlaggebend allein ist die Optimierung der Versorgung der Patienten in der Region.

Aktuell rüsten sich die Kliniken mit der notwendigen technischen Ausstattung auf. Zudem findet die Abstimmung mit dem Bayerischen Datenschutzbeauftragten statt. Die Bayerische Krankenhausgesellschaft hat sich bereits lobend über das Projekt geäußert und befürwortet den Datenaustausch. *(LRA Hof)*

Gesundheitsregion^{plus} Innovative Gesundheitsversorgung im Landkreis Erding

Am 12.Juli 2016 fand im Landratsamt Erding unter Vorsitz des Erdinger Landrates Martin Bayerstorfer die 1. Sitzung eines neu gegründeten Gesundheitsforums zur Etablierung der Gesundheitsregion^{plus} statt. Die damals gegründeten drei Arbeitskreise zur Verbesserung der stationären Gesundheitsversorgung, der ambulanten Versorgung und zur Aus- und Fortbildung von Pflegepersonal haben seitdem viele innovative Ideen vorangebracht.

Die Arbeitsgruppe 1 „Gesundheitsvorsorge und Prävention" beschloss, sich zwei Schwerpunktthemen der Prävention zu widmen. So soll der Fokus der inhaltlichen Arbeit auf der einen Seite auf die „Kinder- und Jugendprävention", auf der anderen Seite auf das Thema „Leben im Alter" gelegt werden.

Zum ersten Thema konnte die Wanderausstellung „Kindersprechstunde" des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, welches psychische Erkrankungen von Eltern und deren Auswirkung auf die ganze Familie beleuchtet, für September 2017 gewonnen werden. Dabei ist vorgesehen, diese Ausstellung durch Fachvorträge für Lehrer sowie moderierte Besuchsprogramme für Schulklassen zu begleiten. Als weitere Aktion wird geprüft, inwieweit die Kampagne „Bitte stör mich – aktiv gegen Depression" kurzfristig im Landkreis Erding unterstützt werden könnte.

Gemeinsam mit dem Fachbereich „Jugend und Familie" des Landratsamtes Erding soll die aktive Suchtprävention in Schulen einen Schwerpunkt bilden. Regelmäßige Veranstaltungen und Vorträge von Experten in Schulklassen werden hierzu geplant. Bereits in der Vergangenheit haben Ärzte des Klinikums Erding Vorträge zum Thema Alkoholprävention bei Jugendlichen in Mittelstufen verschiedener Schulen gehalten. Dieser Ansatz soll in Zukunft inhaltlich ausgebaut und verstetigt werden.

Als zentrales Projekt wurde im Arbeitskreis 1 die Erstellung einer „interaktiven Gesundheitskarte“ als Internetseite identifiziert. Zwischenzeitlich wurde dieser Vorschlag vom Gesundheitsforum, welches der Landrat als Gremium der Gesundheitsregion^{plus} eingerichtet hatte, angenommen und die Umsetzung als eigene Unterseite im Internetauftritt des Landkreises beauftragt. Auf dieser Seite sollen alle gesundheitsrelevanten Informationen strukturiert und regelmäßig aktualisiert an einer zentralen Stelle für die Bürger zu finden sein. Neben Übersichten zu verschiedenen Ansprechpartnern, Dienstleistern (Ärzten, Apothekern, Kliniken, Beratungsstellen, Sozialverbänden etc.) und Präventionsangeboten sollen hier auch Ankündigungen von Vorträgen und Schulungen aufgeführt werden. Als wesentlicher Mehrwert einer solchen Gesundheitskarte wird erwartet, dass in der Gesamtschau des Angebotes auch Lücken sichtbar werden, die dann gezielt mit Programmen und Dienstleistungen gefüllt werden können.

Der Landkreis Erding besitzt mit dem Klinikum Erding und der Klinik Dorfen zwei Krankenhäuser, die nicht nur die Grund- und Regelversorgung in der Region sicherstellen, sondern durch eine Reihe von spezialisierten medizinischen Angeboten „Spitzenmedizin ganz nah“ anbieten. So verfügt das Klinikum Erding zum Beispiel über eine eigene Hauptabteilung für Gefäßchirurgie sowie eine für Plastische und Ästhetische Chirurgie, die jeweils das komplette Spektrum dieser Fachbereiche abdecken. Patienten kommen weit überregional, teilweise aus dem gesamten Bundesgebiet, für Operationen in diese Abteilungen. Im Klinikum Erding wurde im Mai 2016 eine Schmerztagesklinik eröffnet, im Oktober 2016 eine interdisziplinäre Schmerzstation in der Klinik Dorfen. Damit können chronische Schmerzpatienten, die oft älter und weniger mobil sind, wohnortnah und frühzeitiger versorgt werden, da ein solches Behandlungsangebot bisher im Landkreis noch nicht vorhanden war und zugleich lange Wartezeiten in vielen Krankenhäusern für diese Abteilungen existieren. Zur Unterstützung der Ärzte und Pflegekräfte einerseits, zur deutlichen Verbesserung der Patientensicherheit andererseits wurde zudem im Sommer 2016 eine elektronische Patientenakte im gesamten Klinikum Erding und anschließend in der Klinik Dorfen eingeführt.

Die Arbeitsgruppe 2 widmet sich im Rahmen ihrer Tätigkeit der Optimierung von Strukturen, Prozessen und Versorgungsergebnissen innerhalb des ambulanten Versorgungssektors des bundesdeutschen Gesundheitssystems und Beachtung aktueller Veränderungen und Herausforderungen biomedizinischer und sozialer Veränderungen. In diesem Zusammenhang ist der sogenannte demographische Faktor, d.h. eine zunehmende Lebenserwartung der bundesdeutschen Bevölkerung, von besonderer Bedeutung, zumal ältere Menschen mit zunehmenden Alter eine größere Krankheitslast haben und somit eine bedarfsentsprechende Gesundheitsversorgung von Nöten wird.

Vor diesem Hintergrund wurde der Problematik einer zunehmenden Anzahl von Demenzerkrankungen innerhalb der Arbeitsgruppe 2 der Gesundheitsregion^{plus} ein besonderes Augenmerk gezollt. Durch teilweise ineffektive Überleitungsstrukturen zwischen dem stationären und ambulanten Versorgungssektor kommt es häufig zu einem Verlust von versorgungsrelevanten Informationen bei Demenz-Patienten. Durch die Etablierung eines sogenannten Demenzüberleitungsbogens soll dieses Defizit zeitnah beseitigt werden. Ergänzend soll dieser in einer sogenannten „Notfallmappe“, in der auch notwendige Verfügungen und Vollmachten enthalten sein sollen, von den Betroffenen verwahrt werden, um im Bedarfsfall diese den unterschiedlichen Akteuren zur Information aushändigen zu können.

Darüber hinaus wurde von der Arbeitsgruppe 2 festgestellt, dass für die zukünftige Optimierung des Versorgungsgeschehens innerhalb des Erdinger Landkreises den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden soll, Wünsche und Anregungen weiterzugeben.

Die Arbeitsgruppe 3 beschäftigt sich gezielt mit den Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten für junge Ärztinnen und Ärzte und für Ausbildungsangebote in den Pflegeberufen. Die Aus- und Fortbildung des ärztlichen und medizinischen Personals ist eine wichtige Säule in der Versorgungsqualität für die Bevölkerung. Mit dem Neubau eines Bildungszentrums für Gesundheitsberufe unterstützt und fördert der Landkreis Erding ausdrücklich die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften aus dem Gesundheitssektor. Schon bei der Geburtsstunde der Gesundheitsregion^{plus} im Landkreis Erding merkte man schnell, dass eine Vernetzung der lokalen Akteure im Gesundheitswesen äußerst notwendig und zielführend ist. Ein persönlicher Austausch vom Leistungserbringer zum Leistungsempfänger kann so manche bereits vorhandene Unterstützung für die Bevölkerung transparenter und damit leichter erreichbar machen. Junge Ärztinnen

und Ärzte und Absolventen der Berufsfachschulen für Krankenpflege und Altenpflege, die eine Ausbildung in den stationären Einrichtungen in den Kliniken des Landkreises durchlaufen haben, arbeiten nach der Ausbildung eher in städtischen Bereichen. Damit kann für die Zukunft nicht von einer gesicherten ärztlichen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Erding ausgegangen werden.

Ziel aller Bemühungen muss es deshalb sein, dass junge Ärztinnen und Ärzte und Angehörige der Pflegeberufe auch nach Abschluss ihrer Ausbildung ihre berufliche Perspektive im Landkreis Erding sehen. Dies kann gewährleistet werden durch eine Vielzahl von Anreizen, wie einer allumfassenden Weiterbildung und einem regionalen Erfahrungsaustausch in den Gesundheitsberufen. Die Arbeitsgruppe 3 hat sich zum Ziel gesetzt, durch die Etablierung eines „Regionalen Fachkongresses für Weiterbildung in den Gesundheitsberufen“ ein Forum zu schaffen, welches allen Akteuren in den Gesundheitsberufen eine Plattform bietet, sich auszutauschen. Dieser Fachkongress soll regelmäßig stattfinden und für ärztliches und nichtärztliches Personal gleichermaßen zugänglich sein. *(LRA Erding)*

Bayernweites Pilotprojekt in der Neurologie in Neumarkt i.d.OPf. abgeschlossen

An der Neurologischen Klinik am Klinikum Neumarkt wurde am 19.12.2016 im Rahmen eines Fachsymposiums der Abschluss eines bayernweit einzigartigen Pilotprojektes zum Einsatz von Telemedizin im neurologischen Hintergrunddienst vorgestellt. Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml betonte in einem Grußwort: „Telemedizinische Anwendungen können die Abläufe in der Versorgung besser, sicherer und effizienter machen. Mein Ziel ist es, dass kranke Menschen auch in Zukunft flächendeckend bedarfsgerecht und auf hohem medizinischem wie pflegerischem Niveau versorgt werden. Der Freistaat Bayern investiert seit 1995 in telemedizinische Projekte. Allein im Jahr 2016 standen dafür knapp zwei Millionen Euro zur Verfügung.“

Die gesundheitliche Versorgung sieht sich einem zunehmenden Fachkräftemangel – insbesondere im ländlichen Bereich – gegenüber. So wird es dort immer schwieriger, qualifizierte Fachärzte zu finden – in kleineren Kliniken bzw. Abteilungen ist eine qualifizierte fachärztliche Versorgung gefährdet. Üblicherweise wird in deutschen Kliniken eine fachärztliche Betreuung bzw. der sogenannte Facharztstandard außerhalb der Routinedienstzeiten durch einen fachärztlichen Hintergrunddienst in Rufbereitschaft sichergestellt. Dabei ist üblicherweise ein Arzt in Weiterbildung in der Klinik anwesend, um Notfallpatienten zu untersuchen und zu behandeln (Vordergrunddienst). Bei fachlichen Rückfragen kontaktiert der Vordergrundarzt in der Regel telefonisch den Facharzt zuhause und berichtet das klinische Problem. Der Facharzt kann das Problem entweder aufgrund der telefonischen Angaben lösen oder muss die Klinik aufsuchen, um den Patient selbst in Augenschein nehmen.

Im Rahmen des Pilotprojektes „Telemedizin im neurologischen Hintergrunddienst – TeleNHI“ kann der Facharzt in Rufbereitschaft via telemedizinischem Fernzugriff Bilddaten, Laborergebnisse und Vorbefunde einsehen und dem Kollegen in der Klinik eine entsprechende Fachexpertise an die Hand geben – unabhängig davon, wie weit weg von der Klinik er sich befindet.

Im Dezember 2013 konnte das Klinikum Neumarkt durch die Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege das Projekt TeleNHI beginnen und in verschiedenen Teilprojekten den Nutzen dieser Technologie im Dienstbetrieb der Neurologie untersuchen. Insgesamt zeigte sich die telemedizinische Unterstützung technisch gut machbar und auch im Vergleich mit der bettseitigen Untersuchung mit belastbaren Ergebnissen. „So können wir uns bei Rückfragen sofort ohne Zeitverzögerung selbst ein Bild vom Patienten machen und die erforderlichen Schritte gleich mit dem diensthabenden Arzt besprechen“, so Prof. Dr. René Handschu, Chefarzt der Neurologischen Klinik und Leiter des Projekts. „Gegenüber der bisherigen Praxis, einem einfachen Telefonat, ist das ein qualitativer Quantensprung.“ Dabei muss der Untersuchungsgang immer der jeweiligen

V.l.n.r.: Landrat Willibald Gailler, Neumarkt i.d.OPf., Staatsministerin Melanie Huml, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, Staatssekretär Albert Füracker, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Professor Dr. René Handschuh, Chefarzt der Neurologischen Klinik und Leiter des Projekts

Störung angepasst werden. Die Videoübertragung ist nicht in allen Fällen nötig, viele Probleme können weiterhin am Telefon geklärt werden oder durch Einsicht in Laborwerte oder Röntgenaufnahmen, die den Fachärzten im Hintergrunddienst bereits seit längerem zur Verfügung stehen. Zur Umsetzung müssen manche Prozesse in der Notaufnahme modifiziert werden und eine Assistenz am Bett zur Verfügung stehen. „Ohne das Engagement unserer Pflegekräfte und Ärzte in der Notaufnahme wäre eine optimale Nutzung der Telemedizin nicht möglich“, so Handschu.

Die Ergebnisse des Projekts schaffen die Grundlagen für eine standardisierte Nutzung telemedizinischer Technik im Routinebetrieb von Krankenhäusern der Akutversorgung. Dabei werden Entwicklungslinien und Potenziale für technische und medizinische Anwendungen sowie Rahmenbedingungen aufgezeigt. Insgesamt legt das Projekt die Grundlage für eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung im fachärztlichen Hintergrunddienst neurologischer Kliniken. Es schafft die Voraussetzungen für einen schonenden Umgang mit personellen Ressourcen und hilft mit, den Mangel an Fachpersonal zu bekämpfen. Die Ergebnisse aus der Neurologie kann man dabei auch direkt auf andere medizinische Fachgebiete mit ähnlichem Informationsbedarf übertragen. Der Freistaat Bayern hat das Projekt mit einem Zuschuss von 60.000 € unterstützt.

(Klinikum Neumarkt)

Hintergrundinformationen:

Die Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. mit den beiden Standorten in Neumarkt und Parsberg sind ein Schwerpunktkrankenhaus der Versorgungsstufe II mit 530 Planbetten und 23 teilstationären Behandlungsplätzen, Lehrkrankenhaus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.
Mit mehr als 1.700 Mitarbeitern im Gesamtunternehmen versorgen die Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. in 16 Hauptabteilungen, vier Organzentren, einer regionalen Stroke Unit, einem regionalen Traumazentrum, dem Muskuloskelettalen Zentrum, einer Belegabteilung, einer Tagesklinik für Schmerztherapie und zusammen mit mehreren Kooperationspartnern ca. 75.000 stationäre und ambulante Patienten pro Jahr. In Kooperation mit der Klinik für Neugeborene, Kinder und Jugendliche des Klinikums Nürnberg betreiben sie eine Kinderstation mit 10 Betten.
Grundziel ist die Gewährleistung einer qualifizierten Gesundheitsversorgung für die Bürger des Landkreises und der angrenzenden Regionen – orientiert an dem Leitbild für die Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. (https://www.klinikum-neumarkt.de/240-Startseite.html). Im Mittelpunkt des Handelns steht das Wohlergehen der Patienten, das durch fachliche Kompetenz, menschliche Zuwendung und die kontinuierliche Abstimmung der patientenbezogenen Abläufe erreicht wird. Ihr Ziel ist die beste medizinische und pflegerische Versorgung – verbunden mit persönlicher und menschlicher Zuwendung für ihre Patienten – sowie die weitere Entwicklung zu einem modernen und patientenorientierten Gesundheitszentrum.

Bedeutung von kommunalen Seniorenvertretungen in Bayern

Von Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, München

Die Bedeutung älterer Menschen für unsere Gesellschaft nimmt kontinuierlich zu. Bereits im Jahr 2050 wird rund ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Bayern über 65 Jahre alt sein, in manchen Städten und Gemeinden stellen ältere Menschen schon heute die größte Bevölkerungsgruppe. Das ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft im Ganzen – von der kommunalen Daseinsvorsorge bis hin zu den Systemen der sozialen Sicherung. Aber es ist auch eine große Chance für uns alle. Die Aufgabe der Zukunft wird sein, die immensen Potentiale der Älteren zu nutzen ohne die Sensibilität für reale Unterstützungsbedarfe aus dem Blick zu verlieren.

Moderne Seniorenpolitik muss ältere Menschen aktiv in die Gesellschaft mit einbeziehen und ihnen Teilhabemöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen eröffnen. Damit das gelingen kann, braucht es engagierte ältere Menschen, die sich vor Ort in den Städten und Gemeinden Bayerns als Anwältinnen und Anwälte in eigener Sache verstehen und damit Fürsprecher für alle älteren Bürgerinnen und Bürger sind. Zahlreiche ältere Menschen engagieren sich heute schon in ihrer Kommune auf den unterschiedlichsten Feldern mit viel Herzblut und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren unseres Gemeinwesens. Viele Kommunen in Bayern haben schon eine Form der Seniorenvertretung, wie etwa einen Seniorenrat oder -beirat oder zumindest eine Seniorenbeauftragte bzw. einen Seniorenbeauftragten. Manche Kommunen haben auch beides. Das ist ein Erfolg, aber es gibt noch viel zu tun.

Derzeit setzen wir – auch mit tatkräftiger Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände – einen wichtigen Beschluss des Bayerischen Landtags um: Wir wollen und werden in den kommenden Jahren den Ausbau von kommunalen Seniorenvertretungen weiter unterstützen. Wir fördern dabei nicht nur die Landesseniorenvertretung Bayern als Dachverband der kommunalen Seniorenvertretungen. Sondern wir unterstützen auch die von meinem Haus initiierte Seniorenakademie Bayern, die 2014 erfolgreich gestartet ist. Der Erfolg gibt uns Recht: 2016 konnten wir bereits rund 800 ältere Menschen in 35 Seminaren für ihre Arbeit als kommunale Seniorenvertretungen, aber auch als ehrenamtliche Wohnberaterinnen und Wohnberater und sog. *senior*Trainer*innen* und *senior*Trainer schulen. Das ist unser Erfolgsrezept: Wir setzen auf die Leidenschaft, die Kraft und den Gestaltungswillen Älterer, die heute so fit und engagiert sind wie nie zuvor, und vermitteln das notwendige Rüstzeug im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe.

Kommunale Seniorenvertretungen müssen zu einem festen Bestandteil der kommunalen Seniorenpolitik werden. Dafür braucht es eine gemeinsame Anstrengung. Politik, Verbände, Verwaltung müssen für die Bedeutung von kommunalen Seniorenvertretungen sensibilisieren, deren Aufbau unterstützen und so die Teilhabe und Mitgestaltung älterer Menschen am Gemeinwesen stärken. Viele Kommunen haben bereits den Wert der kommunalen Seniorenvertretungen für die zukunftsfähige Gestaltung ihres Gemeinwesens erkannt. Das ist unser Weg. Ihn wollen wir gemeinsam gehen.

Integration gelingt vor Ort

Von Martin Neumeyer, Landrat des Landkreises Kelheim, ehem. Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung

Viereinhalb Monate! Als ich am 28. Februar mein Amt als Integrationsbeauftragter des Bayerischen Landtages abgegeben habe, durfte ich bereits viereinhalb Monate als Landrat, als Kommunalpolitiker, dieses für die Integration in Bayern so wichtige Amt ausüben. Das hat für mich auch symbolischen Charakter, denn diese – wenn auch nur kurzzeitige – „Personalunion" – symbolisiert auch, dass Integration und Kommunalpolitik in Bayern im Grunde nicht voneinander zu trennen sind. Denn auch wenn die Rahmenbedingungen für Integration woanders, in Bund, Land und vereinzelt auch auf europäischer Ebene gesetzt werden, so findet Integration letztlich doch vor Ort, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden statt.

Deshalb habe ich in den insgesamt acht Jahren und elf Tagen, in denen ich am 28. Februar 2017 als erster Integrationsbeauftragter auf Landesebene in Bayern überhaupt amtiert habe, auch besonderen Wert darauf gelegt, überall in Bayern Präsenz zu zeigen. Ich habe mich regelmäßig mit den kommunalen Integrationsbeauftragten von Landkreisen und Kommunen getroffen und einige von ihnen auch in den Bayerischen Integrationsrat berufen. Diesen regelmäßigen Austausch mit den Machern vor Ort habe ich als sehr bereichernd empfunden und er hat großen Einfluss auf meine Arbeit gehabt. Hier habe ich mehr gelernt als in vielen Gremiensitzungen, bei denen sich der Teilnehmerkreis häufig sehr geähnelt hat.

Integration findet vor Ort statt – dort gelingt oder scheitert sie. Damit sie gelingt, müssen wir den Menschen, die davon betroffen sind, zuhören. Und das bedeutet, allen zuzuhören – auch denjenigen, die Zuwanderung, der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern oder Integration generell kritisch gegenüberstehen. Beileibe nicht jeder, der sich Sorgen macht, ist ein Ausländerfeind oder notorischer Besitzstandswahrer, der seine Heimat im Krähwinkel sucht. Nein, diese Menschen gehören auch zu unserer Gesellschaft, haben eine Stimme wie jeder andere und wollen ernst genommen werden. Und solange sie sich an Regeln und Gesetze halten, dürfen und sollten wir diese Bürger nicht ausgrenzen.

Denn zur Integration gehören immer zwei, die, die zu uns kommen und die einheimische Gesellschaft, in die die Zuwanderer integriert werden sollen. Wer das übersieht und Integration nur als Management-Aufgabe begreift, wie manche Politiker und Wirtschaftsvertreter, oder die Anforderungen an den Integrationsprozess ausschließlich aus der Perspektive von Zuwanderern und Asylbewerbern sieht, wie nicht wenige Verbandsvertreter und engagierte Helfer, läuft letztlich Gefahr, dass all seinen Anstrengungen die Unterstützung in der Bevölkerung wegbricht. Und diese Gefahr ist heute größer denn je – in einer Zeit, in der Stimmungen, Verletzungen und das Nicht-Zuhören der Eliten zuweilen wahlentscheidend sein können.

Genau das habe ich in meinen acht Jahren im Amt des Integrationsbeauftragten gelernt: Wir müssen alle „mitnehmen". So hatte ich es mir zur Regel gemacht, jeden Bürgerbrief – und sei er noch so kritisch – zu beantworten und dabei keinesfalls vorgegebene Floskeln oder gar Rechtsbelehrungen zu Papier zu bringen, sondern das aufzugreifen, um was es dem anderen ging. Nur so entsteht Vertrauen – und nur so kann man Menschen überzeugen und manchmal auch etwas von ihnen lernen. Ich habe versucht, mich als Integrationsbeauftragter und Ombudsmann aller Bürger zu verstehen, nicht nur der Migranten. Denn wenn wir Menschen als „Deplorables" abschreiben, wie das Hillary Clinton im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahl 2016 getan hat, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sie sich jenseits etablierter Politik die Leute suchen, die sie „verstehen".

Dabei kam mir freilich zugute, dass ich auch als Abgeordneter im Maximilianeum immer Kommunalpolitiker und damit ganz nah am Bürger geblieben bin. „Bürgernähe" entfaltet sich schließlich da, wo man dem Bürger tagein, tagaus wirklich nah ist. Und wo man deren Probleme kennt, ob sie nun die Wohnungssituation, den Arbeitsmarkt, Verkehr oder Infrastruk-

tur betreffen. Denn auch das ist entscheidend dafür, ob Integration gelingt. Wie sieht es vor Ort aus? Dabei darf, etwa bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, nicht nur die Praktikabilität maßgeblich sein, sondern wir müssen auch darauf achten, dass die Betroffenen auf verschiedene Orte verteilt werden, um so die Integration zu erleichtern und von Anfang an die Ausbildung so genannter „Parallelstrukturen" zu verhindern.

Denn das Gelingen oder Scheitern von Integration hängt häufig an Kleinigkeiten. An der Busverbindung vielleicht, an den Freizeitmöglichkeiten, an den Sportvereinen, die Integrationsangebote machen oder auch nicht, ob in der Nähe eine „religiöse Versorgung" gegeben ist, an der Aufnahmefähigkeit von Schulen und Kindergärten und natürlich auch an den vielen ehrenamtlichen Helfern, die wir überall im Lande haben. Ob Integration gelingt, entscheidet sich also vor Ort, oft an vermeintlichen Petitessen, vor allem aber an den Menschen, die dort miteinander zu tun haben. Aus diesem Grund halte ich interkulturelle Kompetenz und Sensibilität in der Verwaltung, in den Behörden und Bildungseinrichtungen für ganz entscheidend im erfolgreichen Bemühen um die Integration von Zuwanderern.

Natürlich spielt auch die Bürgergesellschaft eine ganz entscheidende Rolle für gelingende Integration. Und auch sie ist letztlich „lokal" und „regional" und ihr Wirken konzentriert sich in der Regel auf das eigene Umfeld und die eigene Nachbarschaft. Neben der herausragenden wirtschaftlichen Stärke Bayerns und der damit verbundenen besseren Zukunftsperspektiven und der ausgeprägten kulturellen Identität unserer Heimat, die es Menschen erleichtert, sich einzufinden, sind es gerade die vielen Vereine und Ehrenamtlichen, die Menschen das Einleben in unsere Gesellschaft erleichtern. Sie sind ein entscheidend dafür, dass Integration bei uns in Bayern besser gelingt als andernorts in Deutschland und Europa – obwohl hier, und das dürfte viele überraschen, mehr Menschen eine Zuwanderungsgeschichte haben als beispielsweise in Hamburg, Berlin oder im Ruhrgebiet.

So ist Mainburg in meinem Landkreis Kelheim, bezogen auf seine Einwohnerzahl, eine der größten türkischen Städte Europas außerhalb der Grenzen der Türkei. Aber das Zusammenleben funktioniert – bei allen Problemen, die es natürlich auch dort gibt. Das liegt vor allem daran, dass wir uns in Bayern schon lange auf gemeinsame Werte als Grundlage unseres Zusammenlebens verständigt haben. Man mag das Leitkultur nennen – oder auch nicht. Aber ohne diese gemeinsamen Werte, Freiheit, Menschenwürde, Toleranz, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Geschlechter, ohne das Bekenntnis zur gemeinsamen Heimat und Identität würde das Miteinander einfach nicht funktionieren. Und nur der, der sich zu diesen Werten bekennt, lässt sich in unsere Gesellschaft integrieren.

Besonders gut gelingt das übrigens im ländlichen Raum – dort also, wohin es viele Zuwanderer und Flüchtlinge eher verschlägt, als dass sie aus Begeisterung dorthin zögen. Nach wie vor zieht es sie in die Städte und Ballungsräume, wo sie oft schon eine Community von Landsleuten erwartet. Das aber ist nicht unbedingt integrationsfördernd. Zuwanderer im ländlichen Raum finden dagegen leichter einen Zugang zu den Einheimischen, profitieren von der größeren Nähe und Solidarität der Menschen untereinander und vielerorts sogar von einer höheren Lebensqualität. Und der ländliche Raum – und seine Infrastruktur – profitieren von Menschen, die im Durchschnitt deutlich jünger sind als die Mehrheitsbevölkerung, und von denen viele, gerade unter den Flüchtlingen, Bayern und Deutschland als Chance begreifen. Deshalb wird Integration für mich als Landrat gewiss nicht weniger wichtig sein, als es für mich als Beauftragter war.

Lange Nacht der Architektur lockt auch Politikinteressierte in das Haus der bayerischen Landkreise

Im Rahmen der Langen Nacht der Architektur hat das „Haus der bayerischen Landkreise“, die Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags, am 20. Januar 2017 seine Türen für die breite Öffentlichkeit geöffnet. Neben Bau- und Architekturbegeisterten hatten sich trotz der kalten Temperaturen auch Politikinteressierte auf den Weg in die Kardinal-Döpfner-Straße 8 gemacht, um sich bei den Mitarbeitern des Bayerischen Landkreistags darüber zu informieren, wer in den Räumlichkeiten sitzt und was dort genau gemacht wird.

„Ich bin schon oft an diesem Schaufenster vorbeigegangen und wollte die Gelegenheit nutzen, in Erfahrung zu bringen, warum hier immer wieder einzelne Landkreise ausstellen“, berichtete eine Besucherin, die in der Nähe wohnt. Die Teilnehmer der von Klaus Geiger und Sarah Honold geführten Rundgänge waren von der Schlagkraft der bayerischen Landkreise und ihrer Botschaft in München beeindruckt. Die Wenigsten hatten sich vor ihrem Besuch vorstellen können, was in den Büroräumen geschieht. Auch von der Idee durch wechselnde Ausstellungen „Ausschnitte aus den Landkreisen“ in München zu zeigen, waren die Gäste angetan. Claudia Wenninger, ebenfalls Mitarbeiterin beim Bayerischen Landkreistag, sorgte im Laufe des Abends für das leibliche Wohl.

Bereits seit Mitte der 50er Jahre befindet sich die Geschäftsstelle des Verbands in prominenter Lage zwischen verschiedenen Ministerien, großen Behörden, in der Nähe von Staatskanzlei und Bayerischem Landtag. „Die Lage ist für einen Verband, der die Interessen der Landkreise gegenüber Staatsregierung, Gesetzgeber und anderen Organisationen hütet, ideal“, so Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags.

2008 starteten die umfassenden Sanierungsmaßnahmen, die die alten Mauern nach und nach in neuem und vom Münchner Büro Morpho-Logic und den Architekten Ingrid Burgstaller und Michael Gebhard geprägten Glanz erstrahlen ließen. Aus verschachtelten Grundrissen wurden funktionale Raumfolgen. Besonders das Foyer hat sich seit der Sanierung zu einem wahren Schaufenster der Landkreise in München entwickelt. Wechselnde Ausstellungen ermöglichen es auch eingefleischten Münchnern, einen ersten Eindruck von der Schaffens- und Innovationskraft, Lebens- und Liebenswertigkeit der bayerischen Landkreise zu bekommen. „Mit 71 Landkreisen ist hier immer etwas geboten. Unser Foyer ist bis heute zu einem hervorragenden Forum geworden, um die verschiedensten Interessengruppen zusammenzubringen. Ich freue mich, dass wir im Rahmen der Langen Nacht der Architektur allen Interessierten einen Einblick in die Arbeit der Landkreise geben konnten“, so Dr. Keller. Derzeit ist im Foyer die Ausstellung „Der Landkreis Kulmbach – Das Herz Oberfrankens“ zu sehen.

Die Obergeschosse bestehen nicht nur aus Büroflächen und Sitzungssälen der Geschäftsstelle. Teile der Flächen sind an den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Landesverband Bayern e.V., die Europäische Metropolregion München e.V. und den Erholungsflächenverein e.V. vermietet.

Dank des Engagements des Landkreises Kulmbach konnten im Rahmen der Langen Nacht der Architektur auch Kulmbacher Getränke angeboten werden. Insbesondere das Kulmbacher Bier erfreute sich Beliebtheit. In Kulmbach sitzen die meisten Brauereien Bayerns.

Deutsch-Dänische Vernetzung im Haus der bayerischen Landkreise

Auf der Suche nach „Sparring-Partnern“ im kommunalen IT-Bereich waren der Handelsattaché des Königlich Dänischen Generalkonsulats, Reinhold Säckl, Lars Hintze Andersen (CEO dania software) und Niels B. Johansen (CTO dania software) am 24. Februar 2017 bei Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag in guten Händen. Geiger ist in den bayerischen Landkreisen als zentraler Berater beim Ausbau der elektronischen Verwaltung bekannt. In den Projektgruppen des Bayerischen Innovationsrings wirkt er federführend mit. Insbesondere seine Erfahrungen bei der Erarbeitung des Leitfadens zur elektronischen Aktenführung in der von Landrat Georg Huber geleiteten Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ waren für die dänischen Gäste, die im Rahmen ihres Delegationsbesuchs auch mit verschiedenen Landkreisen gesprochen haben, von besonderem Interesse.

Dänemark zählt in der EU zu den führenden Ländern in der digitalen Verwaltung und ist aufgrund ähnlicher Verwaltungsstrukturen relativ gut mit Bayern vergleichbar. Der Informationsaustausch mit Dänemark soll daher weiter vertieft werden. So hat die Digitalisierungsagentur Dänemark bereits zugesagt, bei den Bayerischen Innovationstagen am 10./11. Juli 2017 in der Sparkassenakademie Landshut aus erster Hand über die E-Government-Strategie Dänemarks zu berichten. Die Innovationstage bieten zugleich Gelegenheit, auf das 20-jährige Bestehen des vom Tölzer Landrat Josef Niedermaier geleiteten Bayerischen Innovationsrings zurückzublicken. Finanzminister Dr. Markus Söder hat ebenfalls sein Kommen zugesagt und wird mit seiner Keynote „Verwaltung 2030 – worauf wir uns einstellen müssen“ einen Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft geben.

V.l.n.r.: Der Handelsattaché des Königlich Dänischen Generalkonsulats, Reinhold Säckl, Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag, Lars Hintze Andersen (CEO dania software) und Niels B. Johansen (CTO dania software)

Wechsel an der Spitze des Europabüros der bayerischen Kommunen

In der Sitzung des Lenkungsorgans des Europabüros der bayerischen Kommunen am 24. Januar 2017 in München haben die vier Geschäftsführer der Kommunalen Spitzenverbände nicht nur ihre Fachplanung für 2017 festgelegt, sondern mit Natalie Schweizer auch den bis dato führenden Kopf des gemeinsamen Büros in Brüssel verabschiedet. Schweizer kehrt auf eigenen Wunsch nach München zurück.

„Sie haben für die bayerischen Kommunen in Brüssel viel bewegt! Im Namen aller Spitzenverbände möchte ich Ihnen von Herzen danken! Sie haben sich mit viel Engagement für die europäische Sache eingesetzt. Die Themenvielfalt in Brüssel kennt, wie wir selbst insbesondere immer wieder in den Sitzungen der Lenkungsgremien erfahren, keine Grenzen. Vom Vergaberecht, über das Beihilferecht, bis hin zu Freihandelsabkommen und Kohäsionspolitik ist alles dabei. Wer hier ganz vorne mitkämpft, muss wissen, was kommunalpolitisch das Richtige wäre und beim Interessenausgleich den Tanz auf dem Drahtseil beherrschen“, so Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, in seinen Abschiedsworten. Der Bayerische Landkreistag hat 2017 den Vorsitz des Europabüros.

Nachfolgen wird ihr an der Spitze der gemeinsamen Einrichtung aller vier Kommunalen Spitzenverbände Christiane Thömmes.

V.l.n.r.: Stefanie Krüger, Geschäftsführerin Bayerischer Bezirketag, Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer Bayerischer Gemeindetag, Dr. Johann Keller, Geschäftsführer Bayerischer Landkreistag, Natalie Schweizer, Leiterin EBBK, Christiane Thömmes, stellv. Leiterin EBBK, Josef Mend, Erster Vizepräsident Bayerischer Gemeindetag, Günter Heimrath, Geschäftsführer Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband, Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer Bayerischer Städtetag

Landkreis Ebersberg gewinnt beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“

25.000 Euro Preisgeld für das virtuelle Kraftwerk als Gemeinschaftsprojekt im Landkreis Ebersberg

Der Landkreis Ebersberg gehört zu den Gewinnern beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“. Die Auszeichnung wurde für das vom Landkreis initiierte virtuelle Kraftwerk vergeben, über das der Landkreis gemeinsam mit seinen 19 Kommunen die Energieversorgung vor Ort organisiert. Mit dem virtuellen Kraftwerk werden im Landkreis verstreut liegende Stromerzeugungsanlagen, die aus erneuerbaren Energien gespeist werden, zu einem leistungsstarken Erzeugerverbund zusammengeschlossen. Ausgeschrieben wird der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Landrat Robert Niedergesäß nahm Ende November 2016 den Preis in Berlin entgegen. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro ist in die Umsetzung weiterer Vorhaben zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel zu investieren. Robert Niedergesäß dazu: „Wir werden das Preisgeld für die Umsetzung von Nahwärmeprojekten in den Gemeinden des Landkreises Ebersberg sowie für den weiteren Ausbau des virtuellen Kraftwerks, insbesondere für den Anschluss kleinerer regenerativer Stromerzeuger, verwenden.“

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks gratulierte dem Landkreis Ebersberg und den weiteren Preisträgern. Hendricks: „Die Kommunen zeigen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Kommunen sind Schlüsselakteure bei der Gestaltung eines klimaneutralen Deutschlands. Dieser Wettbewerb bringt wahre Klimaschutz-Erfolgstories auf die Bühne, die viele weitere Kommunen zum Engagement im Klimaschutz motivieren werden. Die Preisträger-Kommunen, aber auch alle anderen Bewerbungen, zeigen: Klimaschutz ist ein wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung wirtschaftlich erfolgreicher und zukunftsfähiger Regionen. Denn Klimaschutz steht für Innovation, Lebensqualität und regionale Wertschöpfung.“

Mit „Eberstrom“ die Zukunft sichern

Mit der Gründung eines der ersten kommunalen virtuellen Kraftwerke hat der Landkreis Ebersberg gemeinsam mit seinen 19 Kommunen Pionierarbeit geleistet. Das bedeutet, dass Energie nicht an einem zentralen Standort erzeugt wird, sondern viele einzelne Anlagen, wie z.B. Windräder, Solar- oder Biogasanlagen miteinander verbunden werden und sich zusammengeschaltet wie ein großes Kraftwerk verhalten. Der Aufbau eines solchen Energieversorgungsunternehmens macht es möglich, noch erfolgreicher und kostengünstiger Energie aus der Region für die Region zu produzieren, und damit die Energieziele des Landkreises Ebersberg voranzubringen, nämlich bis zum Jahr 2030 frei von fossilen Energieträgern zu sein und mit dieser „lokalen Energiewende“ die lokale Wertschöpfung zu fördern. Im Landkreis Ebersberg liefern derzeit sechs Biogasanlagenbetreiber die notwendige Energie, mittelfristig werden verschiedene weitere Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien aus dem gesamten Landkreis hinzukommen. Der „Knoten“ des virtuellen Kraftwerks ist ein Sendemast an der Schafweide zwischen Ebersberg und Hohenlinden. Hier werden die Daten der Einzelanlagen empfangen und nach München zur Leitwarte geschickt. Dort erfolgt dann der Abgleich zwischen Energieerzeugung und Bedarf. Die Stromerzeugung kann dadurch in Echtzeit an die Nachfrage im Stromnetz angepasst werden. „Eberstrom“ soll das Endprodukt heißen, das von den Energieerzeugern mit den Einzelanlagen in die Haushalte der Endverbraucher geliefert werden soll.

Energieziele gemeinschaftlich erreichen

Seit Januar 2016 ist das virtuelle Kraftwerk in Betrieb, dazu gründeten die Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften des Landkreises die kommunal-bürgerlich getragene Regenerative Energie Ebersberg eG (REGE). Generalversammlung und Aufsichtsrat der REGE sind mehrheitlich von den Bürgermeistern des Landkreises besetzt. Durch die Beteiligung der Bürgerenergiegenossenschaften ist auch die Akzeptanz und

Unterstützung der Projekte seitens der Bevölkerung gewährleistet. Die Konzeption und Umsetzung des Projektes wurde ehrenamtlich geleistet. Auch das operative Geschäft übernimmt ein ehrenamtlicher Vorstand, bestehend aus dem Klimaschutzmanager des Landkreises und einem Vorstand der Energiegenossenschaft. Bei Bedarf erhält er Unterstützung durch die landkreiseigene Energieagentur. Zusätzlich ist ein Energiedienstleister aus München eingebunden, der weiteres energiewirtschaftliches Know-how einbringt und den Zugang zur Strombörse ermöglicht.

Durch die Kooperation der Kommunen können im gesamten Landkreis Erzeugungsanlagen an das virtuelle Kraftwerk angeschlossen und so das gesamte Netzgebiet stabilisiert und kostengünstig Strom erzeugt werden. Zum Anschluss zugelassen sind bereits relativ kleine Erzeugungsanlagen ab 100 Kilowatt installierter Leistung, auch wenn es grundsätzlich wirtschaftlicher ist, nur sehr große Anlagen zusammenzuführen. Damit hebt sich das kommunale virtuelle Kraftwerk von vielen privat betriebenen Anlagen ab, ebenso mit dem in der Satzung der Genossenschaft festgeschriebenen Ziel, durch seine Funktion und seine Erlöse die Energiewende vor Ort zu unterstützen.

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“

Der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (vormals Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“) wird seit 2009 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ausgelobt. In diesem Jahr wurden insgesamt 99 Beiträge in drei unterschiedlichen Kategorien eingereicht. Der Landkreis Ebersberg hat sich mit dem Projekt „Virtuelles Kraftwerk als Gemeinschaftsprojekt“ in der Kategorie „Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation“ beworben. In dieser Kategorie gab es 44 Bewerber, aus denen drei Gewinner ausgewählt wurden. Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie Fotos von der Veranstaltung und vom ausgezeichneten Projekt unter www.klimaschutz.de/wettbewerb2016.

(LRA Ebersberg)

V.l.n.r.: Dr. Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin; Andreas Claus, Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück; Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg; Wolfgang Herz, Erster Landesbeamter des Enzkreises; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik, Leiterin Bereich Umwelt; Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistages; Sven Plöger, Moderator

Umweltfreundlich, sauber, spritzig – Landratsamt Mühldorf setzt auf Elektrofahrzeuge

Der Fuhrpark ist der Garant für die Mobilität eines jeden Unternehmens – so auch für das Landratsamt Mühldorf – und damit ein wichtiges Herzstück. „Wir im Landratsamt setzen bei unserem fahrbaren Untersatz aus Überzeugung auf E-Mobilität“, sagt Landrat Georg Huber. Aktuell sind fünf Elektroautos und ein Elektrofahrrad im täglichen Einsatz – und es sollen noch mehr werden. „Unser Ziel ist auch weiterhin, unseren Fuhrpark so gut es geht mit E-Mobilität zu erweitern und eines Tages wenn möglich komplett auf Elektromobilität umzustellen“, erklärt der Landrat. Die Elektrofahrzeuge im Fuhrpark des Landratsamtes setzen laut Landrat Georg Huber ein wichtiges Zeichen für einen umweltfreundlichen Antrieb.

Zwei Elektro-Fahrzeuge des Landratsamt-Fuhrparks mit Landrat Georg Huber (rechts) und einigen Nutzern der Fahrzeuge: Rechnungsprüfer Jürgen Schuster und Teamleiter Asylsozialberatung Matthias Burger.

Unsicherheiten bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit den Elektrofahrzeugen zu fahren, gebe es nicht: „Manche waren vielleicht beim ersten Mal ein wenig skeptisch und unsicher vor einem fremden Fahrgefühl mit einem solchen Fahrzeug", so Landrat Georg Huber. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben aber sehr schnell die Scheu verloren, wenn sie einmal damit gefahren sind und sie freuen sich, wenn sie es wieder nutzen können." Insgesamt kommen die Elektrofahrzeuge sehr gut an und werden gut genutzt. Für Strecken innerhalb des Landkreises eignen sich laut Huber die spritzigen und umweltschonenden Elektroautos ganz besonders. „Der Landkreis Mühldorf ist sich seiner Vorbildfunktion im Bereich des Klimaschutzes bewusst und leistet nicht nur im Bereich der Elektromobilität am Landratsamt einen entscheidenden Beitrag zur Einsparung von CO_2-Emissionen." So werden beispielsweise durch Projekte wie ÖKOPROFIT zusammen mit der Arqum GmbH Firmen beraten, um beispielsweise die Energieeffizienz im eigenen Betrieb zu steigern und so die Umweltbelastungen zu senken. Ökologisch, nachhaltig und trotzdem gewinnbringend wirtschaften ist hier das Ziel.

Des Weiteren wurde den Kommunen des Landkreises durch den Energienutzungsplan ein erstes Werkzeug an die Hand gegeben, Projekte für den Klima- und Umweltschutz herauszuarbeiten. Durch ein geplantes Energieeffizienznetzwerk im Landkreis wird den Kommunen eine weitere Möglichkeit gegeben, diese Projekte unter Beratung durch fachkundige Dritte und den Erfahrungsaustausch im Netzwerk umzusetzen.

Auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises wird durch die Bürger-Energiesprechstunde, die im Landratsamt und in den Bürgerbüros kostenlos angeboten wird, die Möglichkeit gegeben, sich von einem unabhängigen und staatlich anerkannten Energieberater zu Fördermöglichkeiten, Heizungsmöglichkeiten und -erneuerungen, Erneuerbaren Energien, Wärmedämmungen bei Sanierung und Neubau beraten zu lassen.

„Energie einzusparen und CO_2-Emissionen und Kosten zu senken – das ist unser großes Ziel im Landkreis und ich bitte auch alle Kommunen, Vorbild für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sein", so Landrat Georg Huber. „Deshalb werden auch weiterhin im Landkreis Mühldorf den Kommunen, der Wirtschaft und den Landkreisbürgerinnen und -bürgern stets Anreize und Möglichkeiten aufgezeigt, den Klimaschutz aktiv voranzutreiben und die negativen Umweltauswirkungen zu reduzieren." Alle Energie- und Klimaschutz-Projekte des Landkreises finden Sie unter www.lra-mue.de → Energie/Klimaschutz.

In Punkt E-Mobilität am Landratsamt blickt Landrat Huber weiterhin positiv in die Zukunft: „Für unseren Fuhrpark gilt auch weiterhin, dass der Landkreis ein Zeichen in der Elektromobilität setzen und seinen Fuhrpark so gut es geht in diese Richtung erweitern wird." *(LRA Mühldorf a.Inn)*

Mehr Frauen in die Parlamente

Knapp 50 Frauen aus ganz Unterfranken beteiligen sich am Mentoring-Programm des Helen Weber Kollegs

Manuela Möller und Uta Kletzing von EAF Berlin, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Schweinfurt Ute Suckfüll und ihre Stellvertreterin Anne-Kathrin Zeißner und Landrat Florian Töpper

Mehr Frauen in die Parlamente – das ist das Ziel des in Berlin ansässigen Helene Weber Kollegs (HWK). In überparteilichen Mentoring-Programmen führt das HWK erfahrene Kommunalpolitikerinnen mit politischen Einsteigerinnen zusammen. Gemeinsam mit den unterfränkischen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten führt das HWK dieses Mentoring-Programm nun erstmalig in Bayern durch. Am 21. Januar 2017 haben sich die knapp 50 Teilnehmerinnen zur Auftaktveranstaltung im Landratsamt Schweinfurt getroffen.

„Es ist ein gutes Zeichen, dass das Mentoring-Programm auf so großes Interesse stößt. Wir alle können uns eine Steigerung der Frauenquote in der Kommunalpolitik nur wünschen. Auch hier im Landkreis Schweinfurt muss sich das noch ändern. Drei von unseren 29 Gemeinden im Landkreis haben noch immer keine Frau in ihren Gemeinderäten sitzen“, sagte Landrat Florian Töpper (Landkreis Schweinfurt) in seiner Begrüßung.

Das HWK ist die erste bundesweite, parteiübergreifende Plattform für mehr Frauen in der (Kommunal)-Politik. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Projektträgerin ist die EAF Berlin. „Für politische Einsteigerinnen ist es oft eine große Herausforderung, sich in den Routinen der Politik selbstbewusst zu bewegen. Da ist es gut, wenn man eine persönliche Ansprechpartnerin und Beraterin zur Seite hat“, weiß Uta Kletzing, die das Programm von Seiten der EAF nun in Unterfranken betreut.

Die Teilnehmerinnen aus ganz Unterfranken wurden zu 23 Tandems bunt zusammengesetzt – unabhängig der Parteizugehörigkeit oder des Wohnorts. So werden politisch einsteigende Mentees bei ihren ersten Schritten in der Politik durch politisch erfahrene Mentorinnen unterstützt. „Bei unserem Programm geht es nicht um politische Inhalte, sondern um die Frage: Wie mache ich Politik“, erklärt Kletzing.

Noch immer sind Frauen in den meisten Parlamenten und Gremien in der Minderheit. Im Bayerischen Landtag etwa sitzen gerade einmal 51 Frauen (28 %). Von den neun Landkreisen in Unterfranken, wo das Mentoring-Programm nun durchgeführt wird, wird nur einer von einer Landrätin regiert (Landkreis Kitzingen).

Bei der Kommunalwahl 2014 haben in Unterfranken in den Gemeinderäten der kreisangehörigen Gemeinden 19,87 % Frauen einen Sitz errungen, in den kreisfreien Städten 32,61 %. In den Kreistagen des Regierungsbezirks haben 27,14 % Frauen ein Mandat. Das entspricht auch dem Ergebnis für Bayern.

„Auch bei der Besetzung der Stühle in den Bürgermeisterbüros sind Frauen unterrepräsentiert: Rund 11 % der Büros von berufsmäßigen und auch ehrenamtlichen Bürgermeistern werden von Frauen besetzt. Und damit liegen die Unterfranken noch über dem bayernweiten Gesamtergebnissen“, weiß Ute Suckfüll. Die Gleichstellungsbeauftrage des Landkreises Schweinfurt konnte mit insgesamt 16 Teilnehmerinnen die meisten Frauen für das Programm begeistern. Doch auch in den übrigen unterfränkischen Landkreisen und kreisfreien Städten stieß das Angebot auf Interesse. Die Anzahl der Teilnehmerinnen verteilt sich wie folgt: Stadt Aschaffenburg (1), Landkreis Aschaffenburg (2), Landkreis Haßberge (9), Landkreis Kitzingen (2), Landkreis Main-Spessart (3), Landkreis Miltenberg (1), Stadt Schweinfurt (2), Landkreis Schweinfurt (16), Stadt Würzburg (1), Landkreis Würzburg (2), Sonstige (5).

Kontakt:
Bei Fragen zu dem Programm im Allgemeinen: EAF Berlin, Uta Kletzing, Telefon 030/3087760-61, E- Mail kletzing@eaf-berlin.de. Weiterführende Informationen zum HWK und der Mentoring-Börse unter www.frauen-macht-politik.de.

Bei Fragen zu den Teilnehmerinnen aus dem Landkreis Schweinfurt: Ute Suckfüll am Landratsamt Schweinfurt, Telefon 09721/55-465,
E-Mail gleichstellung@lrasw.de.
(LRA Schweinfurt)

Gruppenfoto der Teilnehmerinnen aus Stadt und Landkreis Schweinfurt
(Fotos: Landratsamt Schweinfurt, Uta Baumann)

Verleihung des ersten Integrationspreises des Landkreises Günzburg

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer und Landrat Hubert Hafner haben am 13. Februar 2017 den ersten Integrationspreis des Landkreises Günzburg verliehen.

Aus den eingereichten Vorschlägen und Bewerbungen hat eine Jury fünf Projekte und Personen ausgewählt. Das Preisgeld von insgesamt 1.500 € stellt der Landkreis zur Verfügung. Würdigung fand vor allem das ehrenamtliche Engagement bei der Betreuung von Asylbewerbern. Die Preisträger sind „Meet & Eat" von SubKult, Krumbach, das P-Seminar „Asyl" des Maria-Ward-Gymnasiums Günzburg, Marc Hettich mit der Videoreportage „Differenzieren – von Damaskus nach Krumbach" sowie Hans Kohler aus Thannhausen und Rita Jubt aus Günzburg.

Im Landkreis Günzburg gibt es viele Menschen und Initiativen, die sich ehrenamtlich engagieren und sich um die Integration in besonderer Weise verdient machen. „Eine erfolgreiche Integration gelingt am besten vor Ort. Wie dies aussehen kann, zeigen nicht nur die jetzt ausgezeichneten Personen und Projekte. Vielmehr ist in den letzten Jahren in unserer Familien- und Kinderregion ein vielfältiges Engagement für Menschen mit Zuwanderungshintergrund entstanden. Das verdient meinen größten Respekt und Dank! Menschen unterschiedlicher kultureller Wurzeln in die Gesellschaft einzubeziehen, kann eine Bereicherung für den ganzen Landkreis sein", so Landrat Hubert Hafner.

„Um das Eintreten für das Gemeinwohl, die Humanität und das Engagement zu würdigen, vergeben wir im Landkreis Günzburg erstmalig einen eigenen Integrationspreis. Dieser soll auch zur Nachahmung sowie zur Entwicklung neuer Ideen anregen", ergänzt der Integrationsbeauftragte des Landkreises, Meinrad Gackowski.

Info:
Die Preisträger im Einzelporträt:

Subkult „Meet & Eat" – Birgit Fleischmann
Essen verbindet und bietet eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme. Die Krumbacher Gruppe „Subkult" griff diese Tatsache auf. Es bestand das Bedürfnis, Asylsuchende mehr ins Alltagsleben zu holen und Begegnungen zu ermöglichen. So lassen sich am besten Vorurteile und Berührungsängste abbauen. Angedacht war ein einfacher Kneipenabend oder eine Art Flüchtlingscafé. Birgit Fleischmann kam die zündende Idee, das Ganze mit Kulinarik zu verbinden. In Krumbach lebende Flüchtlinge oder Migranten sollten ihre Kultur über Spezialitäten ihrer Heimat vorstellen. Subkult setzte den Gedanken im Sommer 2016 in die Tat um und so entstand das Projekt „Meet & Eat".
Welche Musik läuft in Pakistan? Was ist russischer Jazz? Und was landet in Griechenland auf dem Grill? Bei Meet & Eat können diese Fragen beantwortet werden, denn jeder Abend ist einer anderen Kultur gewidmet. Die Gäste können sich am Buffet bedienen und direkt mit den Gastgebern und Köchen in Kontakt treten. Abgerundet werden diese kulturellen Abende durch kulturtypische Musik und Tanzeinlagen. Die Idee von Birgit Fleischmann wurde zu einem vollen Erfolg: Der türkische Abend brachte 120 Gäste zusammen, der syrische Abend sogar 150 Besucher. Selten durfte man in einer Gaststätte im Landkreis am selben Abend Gespräche in Deutsch, Englisch, Arabisch, Türkisch, Urdu und diversen anderen Sprachen hören. Mit dem bunt gemischten Publikum bot sich ein Bild für gelebte Integration. Durch eine beständige Wiederholung ist auch eine hohe Nachhaltigkeit gegeben.

P-Seminar „Asyl" des Maria-Ward-Gymnasiums Günzburg
Für dieses Schulprojekt haben sich acht Schülerinnen mit ihrer Lehrkraft, Studiendirektorin Karin Mengele dem aktuellen Thema „Asyl" gewidmet. Begleitet wurden sie dabei von der Initiative „Günzburg hilft" mit Evi Bäuml als Ansprechpartnerin. Viel hat dieses P-Seminar kurz vor dem Abitur in einem Jahr auf die Beine gestellt. Vom Maria-Ward-Gymnasium in Günzburg haben folgende Schülerinnen mitgewirkt:

– Laura Feind
– Alicia Meißle
– Julia Rott
– Tanja Wiedemann
– Joanne Leong
– Pauline Riegel
– Lara Wagner
– Carla Zeisberger

Zum Erfolg beigetragen hat auch die tatkräftige Unterstützung durch Evi Bäuml, stellvertretend für die Initiative „Günzburg hilft“.

Die Schülerinnen sind mit dem Thema gewachsen. Sie haben sich ein Jahr lang jede Woche, zusammen mit Ehrenamtlichen der Initiative die Nachmittagsbetreuung für Asylbewerberkinder übernommen. Es wurde gespielt, gebastelt oder bei den Hausaufgaben geholfen. Beim gemeinsamen Plätzchenbacken sind auch den Kindern heimische Bräuche, beispielsweise Weihnachten, näher gebracht worden. Diese Plätzchen wurden dann am Nikolausmarkt verkauft. Mit dem Erlös konnte jedem Kind ein Weihnachtswunsch erfüllt werden. Zudem haben die Schülerinnen eine Spendenaktion gestartet und Kleidung, Spielsachen und Bücher für die Kinder gesammelt.

Auch statistisch hat das P-Seminar das Thema „Asyl“ aufgearbeitet. Ein selbst entwickelter Fragebogen zu Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen ist verteilt und ausgewertet worden. Ebenfalls selbst entworfen haben die Schülerinnen einen Stadtplan auf Englisch und Arabisch, der auf die Bedürfnisse der Asylbewerber im Stadtkern von Günzburg zugeschnitten ist. Dokumentiert haben die Schülerinnen alle Ergebnisse von diesem Jahr in einer PowerPoint-Präsentation, in Filmen und Fotos. Darin erklären sie auch die Auswirkungen von Flucht und Krieg auf die Psyche der Kinder. Das Ziel der Präsentation war es, Berührungsängste abzubauen, damit Integration gelingen kann. Die Schülerinnen haben die Ergebnisse auch an anderen Schulen vorgestellt.

Für dieses Engagement ist das P-Seminar bereits mit dem 2. Preis in der Kategorie „Soziales Projekt“ bei der Jungen Akademie Barmherzigkeit in Vallendar ausgezeichnet worden. Eine weitere Auszeichnung gab es vom Landesschülerrat im Kultusministerium.

„Differenzieren – von Damaskus nach Krumbach“
Marc Hettich
Marc Hettich hat mit seinem Abschlussprojekt im Rahmen einer journalistischen Weiterbildung gleich doppelt „gepunktet“. Zum einen erhielt er für seine Videoreportage „Syrische Flüchtlinge in Krumbach“ die fabelhafte Note 1,6, zum andern hat ihn die Jury für den Integrationspreis auserwählt. Mit seiner Videoreportage wollte er eine sachliche Debatte anstoßen, Menschen aus der direkten Umgebung zeigen und dadurch mit Vorurteilen aufräumen. So sollte Empathie gefördert werden, die die fruchtbarste Grundlage für gelungene Integration bildet.

Dem Mediengestalter war es ein Anliegen, einer unsachlichen und zum Teil realitätsfremden Debatte zum Thema Flüchtlinge etwas entgegenzustellen. Mit der Videoreportage hat er die Berichterstattung von einer abstrakten auf eine greifbare, lokale Ebene gebracht. Durch die regionale Nähe entstehen eine hohe Relevanz und eine höhere Nachhaltigkeit. Konkrete Erlebnisse und Meinungen von Flüchtlingen in Krumbach, von Helferkreis- Aktivisten und auch von kritischen Bürgern machen das Thema greifbar und verständlich. Es sollten also verschiedene Sichtweisen gezeigt werden. So kann Empathie für die jeweils andere Seite als Basis für ein friedliches Zusammenleben entstehen. Die Intention des Filmes war, zu einer sachlichen, vernunftbasierten und an menschlichen Werten orientierten Vertiefung der Debatte zu führen, was vor Ort gelungen ist.

Hans Kohler
Hans Kohler sieht es nach eigenen Worten als seine Aufgabe an, Menschen in Not zu helfen. Er ist ein Mensch, der sich mit außerordentlichem Einsatz für Asylbewerber im Landkreis einsetzt und zum Ausbau eines landesweiten Netzwerks beiträgt.

Als die Asylsuchenden das Thannhauser Flüchtlingsheim bezogen haben, habe es ihm weh getan, zu sehen, wie bedürftig die Menschen sind. Er bemerkte, dass alle theoretischen Diskussionen über die Flüchtlingsproblematik sinnlos waren. Viel wichtiger war es ihm, direkt vor Ort anzupacken, schnelle und unkomplizierte Hilfe anzubieten: Asylbewerber ins Krankenhaus oder zu Behörden fahren, Übersetzer organisieren und vor allem sich der täglichen Sorgen und Nöten der Menschen anzunehmen.

Auf der Flucht werden viele Familien getrennt. Hans Kohler hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Familien wieder zusammenzuführen. In einer Ellenbogengesellschaft und in Zeiten, in der Menschen oft nur an sich denken, zeigt er Mitgefühl. Für sein besonderes ehrenamtliches Engagement wurde er bereits von den Mittelschwäbischen „Augsburger Allgemeinen“ mit der Silberdistel ausgezeichnet.

Rita Jubt
Bei Rita Jubt handelt es sich um eine Günzburgerin, die sich mit viel Herzblut für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt. Sie ist eine zentrale Projektentwicklerin, Ideengeberin, Beraterin

von Arbeitskreisen und Flüchtlingsinitiativen und eine unermüdliche, tatkräftige Helferin für die Flüchtlingsarbeit.

Sie unterstützt bei der persönlichen Begleitung und Unterstützung von Asylbewerbern bei Behördengängen. Rita Jubt hilft beim Ausfüllen von komplizierten Formularen oder Anträgen und weist den Weg durch den Behördendschungel. Zudem steht Sie den Asylsuchenden bei vielen Situationen zur Seite. Die Asylkinder nennen Rita Jubt „Oma Rita“ und eine Bewohnerin der Unterkunft in Deffingen sagt über sie: „Sie ist mein Leben. Sie ist meine Schwester.“ Mit diesem Vertrauen kann sie die Asylsuchenden auch zu Arzt- und Krankenhausbesuchen oder ins Behandlungszentrum für Folteropfer begleiten.

Ebenso hat sich Rita Jubt der prekären Wohnsituation angenommen. Zum einen unterstützt sie die Asylsuchenden bei der Wohnungssuche und Besichtigungsterminen. Zum anderen packt sie auch selbst ganz konkret mit an. Die Asylbewerberkinder liegen ihr am Herzen. So organisiert sie für diese nicht nur Kindergartenplätze, sondern sie hat es auch geschafft, im Schuljahr 2015/2016 für vier Asylbewerberkinder aus Spendengeldern eine Hausaufgabenbetreuung zu finanzieren. Für das laufende Schuljahr hat sie erreicht, dass eine Hausaufgabenbetreuung direkt an der Grund- und Hauptschule Wasserburg erfolgt und die Kinder somit in ihrem Klassenverband bleiben können. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration. Daher vermittelt sie zahlreiche Flüchtlinge in Praktikantenstellen und Ausbildungsplätze bei Unternehmen im Landkreis Günzburg. Die Unterstützung reicht von der Stellensuche, über Hilfe beim Schreiben von Bewerbungen, bis hin zur persönlichen Begleitung zu Vorstellungsgesprächen. *(LRA Günzburg)*

V.l.n.r.: Michael Scheufele (Regierungspräsident), Joanne Leong (Maria-Ward-Gymnasium), Lara Wagner (MWG), Dr. Hans Reichhart, MdL, Rita Jubt (Preisträgerin), Birgit Fleischmann (Preisträgerin), Hans Kohler (Preisträger), Marc Hettich (Preisträger), Julia Rott (MWG), Pauline Riegel (MWG), Laura Feind (MWG), Karin Mengele (Betreuerin des P-Seminars „Asyl“), Christian Hörtrich (Rektor des Maria-Ward-Gymnasiums), Hubert Hafner (Landrat), Martin Neumeyer (Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung und Landrat des Landkreises Kelheim)
(Foto: Boris Bethke, PhotoTreff Günzburg)

Willkommen im Landkreis!

Regionalmanagement im Landkreis Donau-Ries legt Willkommenspaket für Neubürger auf

Jährlich ziehen mehrere hundert Personen in den Landkreis Donau-Ries, die die regionale Wirtschaft als Fachkräfte braucht. Das Regionalmanagement hat nun ein Willkommenspaket aufgelegt, um den Neubürgern den Einstieg zu erleichtern.

Der demografische Wandel und die Überalterung der Bevölkerung werden auch den Landkreis Donau-Ries treffen. Aufgrund der florierenden Wirtschaft und der attraktiven Unternehmen im Landkreis Donau-Ries wehrt sich die Region gegen schrumpfende Bevölkerungszahlen und schließende Kindertagesstätten. Denn jährlich ziehen mehrere hundert Personen in die Region. „Dank der Neubürger können wir die Herausforderungen der Zukunft besser meistern“, erklärt Landrat Stefan Rößle. Unternehmen bekommen qualifiziertes Personal, aber auch Vereine freuen sich über neue Mitglieder, kleine Gemeinden über neue Mitbürger und Kinder in den Schulen. Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik wird sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Grund genug, dass sich das Regionalmanagement im Landkreis Donau-Ries mit dem Thema Willkommenskultur befasst.

Vor allem grundlegende Informationen und Ansprechpartner sollen Neubürger schnell, transparent und unkompliziert finden können, damit der Einstieg so reibungslos wie möglich funktioniert. Unter der Regie von Regionalmanager Klemens Heininger entstand daher in Zusammenarbeit mit vielen Akteuren im Landkreis Donau-Ries ein Willkommenspaket für Neubürger. „Damit wollen wir Neubürgern und Fachkräften die Ankunft bei uns erleichtern, aber vor allem bei uns in der Region willkommen heißen“, so Heininger. Kernstück des Paketes ist die Willkommensbroschüre, die verschiedenste Themengebiete beinhaltet – von Wirtschaft über Soziales bis hin zum Nachtleben. Das Freizeitjournal des Ferienlandes Donau-Ries gibt darüber hinaus einen detaillierten Einblick in Freizeitangebote in der Region. Daneben sind im Paket noch Gutscheine für einen Museums- oder Schlossbesuch und einen Landkreisausflug enthalten. „Denn“, so ergänzt Landrat Rößle, „unser Landkreis hat viel zu bieten und kann in vielen Bereichen punkten. Das möchten wir unseren Neubürgern auch präsentieren.“ Die Broschüre bietet daher sowohl Hilfen zum Ankommen als auch Möglichkeiten sich einzubringen.

Die Broschüre für Neubürger

Weitere Informationen unter:
www.donauries.bayern/willkommen

Informationen zur Bevölkerungsentwicklung

Das Bayerische Landesamt für Statistik erhebt jedes Jahr die Bevölkerungszahlen in den Kreisen, kreisfreien Städten und Kommunen. Zum Stichtag am 31.12.2015 lebten im Landkreis Donau-Ries 131.345 Bürgerinnen und Bürger. Das sind 1.142 Personen mehr als noch im Jahr 2014. Diese Steigerung entspricht 0,9 Prozent.

Auch bei der Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamtes für Statistik ist der Landkreis Donau-Ries unter den Gewinnern. Laut Statistik wird der Anteil der Bevölkerung von 2014 bis 2034 um 3,5 Prozent, also um 4.597 Personen steigen.

Dieses Wachstum rührt jedoch nur von Menschen, die in die Region kommen. Diese räumliche Bevölkerungsentwicklung macht 8,9 Prozent aus. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist stark negativ, es sterben also mehr Menschen als geboren werden. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung im Landkreis um 5,4 Prozent schrumpfen, das wären über 7.200 Einwohner weniger. Negativ hinzu kommt die Überalterung der Bevölkerung.

(LRA Donau-Ries)

Neue Jugendschutzbroschüre im Landkreis Regensburg

„Richtig feiern! – Eine Arbeitshilfe für ehrenamtliche Veranstalter von Partys, Festen und Feiern“

Feiern ist etwas Wunderbares! Ausgelassen, fröhlich sein, nette Menschen treffen, Freundschaften vertiefen – das verbindet und hält zusammen. Vor allem für Jugendliche gehört das Feiern zum Erwachsenwerden dazu. Hierbei sind die Erwachsenen gefordert, junge Menschen umsichtig zu begleiten und ihnen zugleich aber auch klar die Grenzen aufzuzeigen.

„Jugendschutz muss uns ein Anliegen sein, wenn die Jugendlichen lernen sollen, Verantwortung für sich und ihr Handeln zu übernehmen. Deshalb war es uns wichtig, dass der Landkreis Regensburg den ehrenamtlichen Veranstaltern von Partys, Festen und Feiern eine Arbeitshilfe anbieten kann“, so Landrätin Tanja Schweiger. Insbesondere Vereine, die in den Gemeinden wichtige Aufgaben übernehmen und durch ihre Arbeit ein gutes soziales Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Regensburg ermöglichen, sollen laut Landrätin Tanja Schweiger von dem Leitfaden profitieren, denn sie tragen große Verantwortung. „Klare Richtlinien, die erläutern, was alles zu berücksichtigen ist, werden sicher eine große Unterstützung sein“, ist sie sich sicher.

Wo viele Menschen zusammenkommen, steigen auch die Anforderungen an die Organisatoren, die Belastungen für die Nachbarn und die Stadt bzw. Gemeinde. „Wir wollen mit der Jugendschutzbroschüre die ehrenamtlichen Veranstalter vor weitreichenden rechtlichen Folgen schützen, die aufgrund von Fehlern oder Unwissenheit auftreten können“, erklärt der Leiter des Kreisjugendamts, Werner Kuhn. „Die Rechtslage und die jeweiligen Rahmenbedingungen von Veranstaltungen stellen sich sehr komplex und unterschiedlich dar, weshalb wir allen Veranstaltern empfehlen, sich im Zweifelsfall bei den zuständigen Behörden und Organisationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen kundig zu machen“, so der Kreisjugendamtsleiter weiter.

Die Arbeitshilfe informiert über Jugendschutz und Suchtprävention bei Veranstaltungen, liefert Ansatzpunkte, Regeln und Tipps zur praktischen Umsetzung und vermittelt wertvolles Know-how für die Organisation und Planung von erfolgreichen Veranstaltungen. Abschließend finden sich in ihr zahlreiche Vordrucke und Checklisten sowie wichtige Kontaktdaten von Ansprechpartnern sowie nützliche Internet-Links. 3.000 Exemplare werden vom Landratsamt zeitnah an alle Gemeinden, rund 450 Vereine, die öffentliche Veranstaltungen für Jugendliche organisieren, Pfarreien, Landkreisschulen, Jugendschutzbeauftragte sowie den Kreisjugendring und zahlreiche weitere Stellen versendet. Auf der Homepage des Landratsamts wird die Broschüre außerdem für alle Interessierten frei zugänglich unter www.landkreis-regensburg.de zur Verfügung gestellt. „Einen reibungslosen Verlauf der Veranstaltungen und vor allem, dass die Feste erfolgreich werden und angenehm in Erinnerung bleiben“, wünscht Landrätin Tanja Schweiger allen Veranstaltern.

Kontakt: Bei allen Fragen rund um den Jugendschutz steht Ihnen das Kreisjugendamt zur Verfügung. Ansprechpartner: Jörg Haala, Telefon 0941 4009-549, oder per E-Mail an: joerg.haala@lra-regensburg.de.
(LRA Regensburg)

Stellten die Jugendschutzbroschüre des Landkreises Regensburg vor (von links): Jugendamtspraktikantin Anna Meller, Jugendamtsleiter Werner Kuhn, Jugendschutzbeauftragter Jörg Haala, Landrätin Tanja Schweiger sowie der Leiter des Sozialpädagogischen Fachdienstes, Franz Wagerer

Kommunen werden bei Ausbau des Radverkehrs von Staatsminister Herrmann, MdL, unterstützt

Bayerns Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, MdL, und der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK) – der Fürther Landrat Matthias Dießl, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, der Coburger Landrat Michael Busch und die 2. Bürgermeisterin der Stadt Erlangen Susanne Lender-Cassens – haben sich am 23. Februar im Rahmen der Reise- und Freizeitmesse f.re.e in München getroffen, um aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen beim Ausbau des Radverkehrs im Freistaat zu diskutieren. Innenminister Herrmann hatte mit dem nagelneuen „Radverkehrsprogramm Bayern 2025“ ein besonderes Schmankerl im Gepäck.

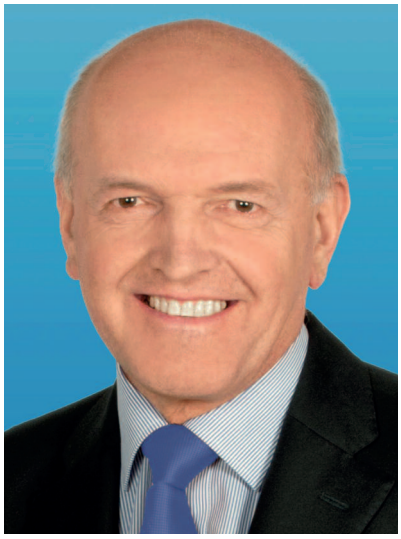
Staatsminister Herrmann hat die Förderung des Radverkehrs zu einem wichtigen Ziel der bayerischen Verkehrspolitik gemacht. „Bis 2025 wollen wir den Radverkehrsanteil auf 20 Prozent erhöhen, die Abstellanlagen für Fahrräder vor Bahnhöfen und anderen Haltestellen des öffentlichen Verkehrs deutlich verbessern und mit Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städten innerhalb der nächsten 10 Jahre ein bayernweites Radverkehrsnetz schaffen“, so der Staatsminister zu den Zielen des neuen Radverkehrsprogramms.

Das hörte der Vorstand der AGFK gern. Die AGFK setzt sich seit 2012 für nachhaltigere Wege bei der Verkehrsplanung ein „Eine Steigerung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent ist ein ambitioniertes, sehr erfreuliches Ziel. Immer mehr unserer Kommunen setzen bei ihren Verkehrsplänen neue Schwerpunkte und denken die fahrrad- und damit umweltfreundliche Variante für den Individualverkehr gleich mit. Natürlich kann das Fahrrad als Verkehrsmittel nicht in allen Bereichen der Verkehrspolitik an der Spitze der Bewegung fahren. Bei der individuellen Mobilität sind wir aber weiter auf dem Vormarsch“, so Landrat Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern.

Die AGFK zählt derzeit 49 Mitgliedskommunen, die gemeinsam Wege suchen, um den Radverkehr im Freistaat nach vorne zu bringen. Insbesondere beim Ausbau von Radwegen und in Sicherheitsfragen ist der Verein auf die Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr angewiesen.

V.l.n.r.: Oberbürgermeister der Stadt München, Dieter Reiter, Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann, MdL, Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth

Siegfried Erhard *aus Bad Kissingen feierte am 18. Dezember seinen 65. Geburtstag. Zahlreiche Orden, Ehrenzeichen und Auszeichnungen pflastern den Weg seines fast vier jahrzehntelangen Engagements als unter anderem Gemeinderat, Erster Bürgermeister, Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags und Kreisrat. Seit 2014 gehört er dem Landesausschuss beim Bayerischen Landkreistag an.*



Am 23. Dezember feierte Landrat ***Thomas Habermann*** *seinen 60. Geburtstag. Herzensangelegenheit waren und sind dem Chef des Kreises Rhön-Grabfeld Familien, Kinder und Bildung. Im Präsidium und im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag wird der Bezirksvorsitzende von Unterfranken darüber hinaus wegen seines juristischen Sachverstands über alle Maßen geschätzt. Bis zu seinem Amtsantritt 2003 war der leidenschaftliche Jäger unter anderem Richter und Staatsanwalt in München sowie Richter am Oberlandesgericht Bamberg.*

Seinen 50. Geburtstag feierte Landrat ***Peter Dreier*** *am 29. Dezember. Bereits vor seiner erstmaligen Wahl 2014 hat er sich das kommunalpolitische Rüstzeug zugelegt, das bei der Bewältigung der Herausforderungen, die mit der Position als Kreischef neben den vielen schönen Seiten auch verbunden sind, wichtig sind. Unter anderem war der Verwaltungsfach- und Verwaltungsbetriebswirt nicht nur 1. Bürgermeister der Gemeinde Hohenthann, sondern auch Kreisrat und sechs Jahre lang weiterer stellvertretender Landrat in Landshut.*

*Landrat **Michael Busch** wurde am 4. Januar 60 Jahre jung. Durch seinen beruflichen Werdegang als ehemaliger Soldat, Krankenpfleger und Geschäftsführer beim Kreisjugendring Coburg, aber auch durch seinen jahrzehntelangen kommunalpolitischen Einsatz, weiß er genau, was die Coburger umtreibt. Dieses Wissen und seine Erfahrungen werden auch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag sehr geschätzt. Seit Januar 2017 gehört Landrat Michael Busch zudem dem Landesausschuss an.*

*Seinen 40. Geburtstag feierte Landrat **Dr. Oliver Bär** am 25. Januar. Trotz seines jungen Alters kann der Chef des Landkreises Hof bereits auf jahrzehntelanges Engagement auf kommunaler Ebene stolz sein. Aber auch durch seinen beruflichen Werdegang und seinen familiären Hintergrund weiß er genau, wo die Bürgerinnen und Bürger der Schuh drückt. Der Spitzenjurist hatte 2005 den elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen und ist so auch eine anerkannte Stimme der Landwirtschaft im Bayerischen Landkreistag.*

*Landrat **Georg Grabner**, Landkreis Berchtesgadener Land, feierte am 19. Februar seinen 65. Geburtstag. Als ehemaliger Kaufmann mit leitenden Funktionen in der Wirtschaft und durch alle politischen Ebenen erprobter Finanz- und Zahlenexperte hat sein Wort auch im Haus der bayerischen Landkreise besonderes Gewicht, wenn es darum geht, das wirtschaftlich und politisch Mögliche in Einklang zu bringen. Landrat Georg Grabner ist seit 2008 Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande.*

*Am 20. März feierte Kreisrat **Anton Seitz** seinen 70. Geburtstag. Seit 2010 kämpft der Finanz-und Steuerexperte an vorderster Stelle als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen im Landkreis Ansbach dafür, dass Inklusion nicht nur ein gesellschaftliches Modewort bleibt, sondern in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen tatsächlich etwas vorwärts geht. Sein breiter Erfahrungsschatz wird auch im Präsidium des Bayerischen Landkreistags sehr geschätzt.*

*Landrat a.D. **Harald Leitherer** wurde im Januar das Bundesverdienstkreuz am Bande durch Staatssekretär Gerhard Eck, MdL, ausgehändigt. Das Fortkommen der Menschen in Schweinfurt stand fast vier Jahrzehnte lang auf seiner kommunalpolitischen Agenda – nicht nur als Landrat, sondern auch als Gemeinderat und Kreisrat. In den Gremien des Bayerischen Landkreistags – sei es in den Fachausschüssen, im Präsidium oder als Vorsitzender des Bezirksverbandes Unterfranken – wird er bis heute für seine Leistungen und Erfolge zu Gunsten der Kommunen und Bürger geschätzt.*
(Foto: Regierung von Unterfranken)

*Auch Altlandrat **Hermann Steinmaßl** wurde im Februar für sein jahrzehntelanges politisches Engagement auf allen politischen Ebenen durch Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Ob es nun die Anliegen der Unternehmer waren, die Sicherung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung oder der Erhalt und weitere Ausbau von Infrastruktur – wo immer es nur ging, hat er mit ganzer Kraft für den Landkreis Traunstein gekämpft. Auch das Präsidium, der Landesausschuss und der Wirtschaftsausschuss beim Bayerischen Landkreistag haben von seinem Einsatz immer profitiert.*

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirketag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.

Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de